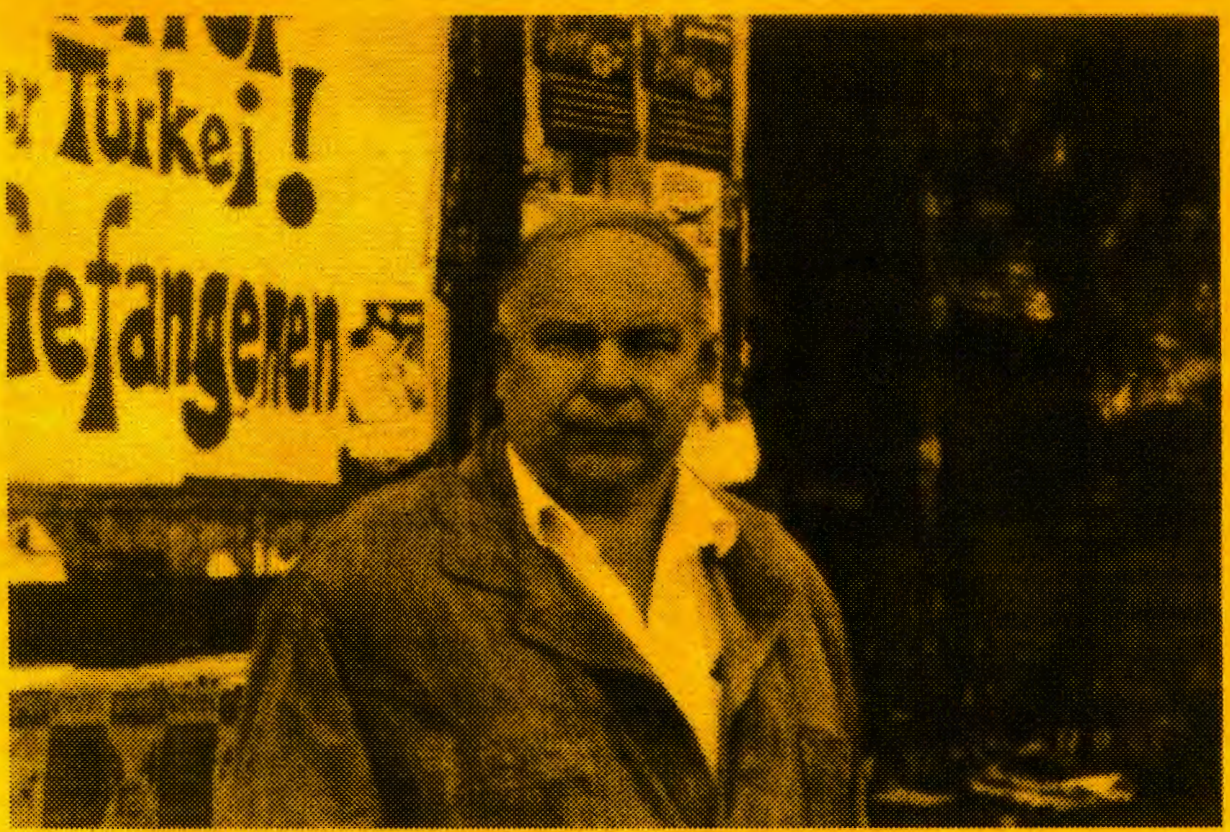
ZECK
das info aus der roten flora
Nr. 86 | Jan./Feb. 2000

Zeck deckt auf!

Auch Hamburger CDU hat handfesten Spendenskandal!

Die Welle der Selbstbezichtigungen schlägt immer höher

Karl-Heinz Warnholz, CDU-Bürgerschaftsabgeordneter. Noch im letzten Jahr forderte er öffentlich die Räumung der Roten Flora wegen Steuerhinterziehung. Jetzt bekennt er: „Ja, ich habe illegale Spenden des Flora-Plenums an die Partei weitergeleitet." Einmal im Monat trug er die Barzuwendungen des Autonomenprojekts – im Plastikbeutel – eigenhändig in die Parteizentrale am Leinpfad.



Warnholz vor der Roten Flora: „Wenn wir diese Gelder nicht erhalten würden, hätten wir schon längst die Räumung der Flora erwirkt!"

Vorwort

Entgegen der Hoffnung einschlägiger Repressionsorgane in dieser Stadt hat sich das Projekt ZECK als 2000-fähig erwiesen. Leider hat sich jedoch auch das kapitalistische System wider jeder realistischen Erwartung in das neue Jahr retten können. So bleibt unser Auftrag auch in diesem Jahr, dem auf tönernden Füßen stehenden Feind der Menschlichkeit den entscheidenen Schlag zu versetzten. Der Papiertiger brüllt! Auf dem Weg zur Befreiung haben wir allerdings die unerfreuliche Aufgabe, noch eine Menge Mist aus dem Weg räumen zu müssen. Da wären die unerfreulichen Angriffe von BKA und BAW gegen Strukturen der RZ, die zu Durchsuchungen und zu Inhaftierungen von GenossInnen geführt haben. Wir haben einiges zusammengetragen, um einen Überblick zum aktuellen Stand und Hintergrund dazu zu geben. Weiterhin haben wir eine Dokumentation der laufenden Antisemitismusdebatte im FSK-Radio aufgenommen, deren Bedeutung wir als über die FSK-Strukturen hinausgehend beurteilen. Für die nächste Ausgabe freuen wir uns, schon jetzt den großen Psychotest „Bist Du fit für die Flora im neuen Jahr?" ankündigen zu dürfen. Alles weitere in der nächsten Ausgabe.
Schließlich möchten wir an dieser Stelle das CDU-Mitglied und den Kämpfer für Steuergerechtigkeit, Herrn Warnholz grüßen: Wir wissen nicht, ob er schon die Räumung des Konrad-Adenauer-Hauses betreibt. Wir raten jedenfalls zu einer Reise in die Schweiz, da geht man auf Nummer sicher.....

Die Redaktion

Männerrundbrief Nr. 13
Inhalt u.a.: Kosovo/a- Krieg, Interview mit Bob Connell, Geschlecht und Männlichkeit, Genitale Korrekturen an intersexuellen Menschen

Impressum

V.i.S.d.P.: P.Schulze, Beim grünen Jäger 38, 20357 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Dekkungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt

Kurzmeldungen:	**3**
Bergedorf	3
Volxcafe	3
Lufthansa	3
Mumia	4
Oldenburg	4
Prozeß wg. Aktionstag	4
Rassismus	5
Zug nach Paris	5
Polizeibrutalität	5
Hausbesetzungen	5
Anschlagserklärungen	6
Zum Verein Schanze e.V.	7
Schwerpunkt Antisemitismus	**8**
Einleitung	8
Gruppe aus geg. Anlaß	8
Freunde der guten Zeit	11
Schwerpunkt Revol. Zellen	**12**
Repression	12
Einleitung	13
Revol. Zorn 1986	14
Korbmachererklärung	16

CAFÉ & BUCH
Buchhandlung
Marktstraße 114
20357 Hamburg
☎ 040/432 24 74
Montag - Freitag 13.00 - 18.30 Uhr, Samstag 10.00 - 13.30 Uhr

Meuchefitzer Gasthof Tagungshaus

im Besitz der Belegschaft

Tagungshaus + Kneipe, Restaurant + kl. Bio-Landwirtschaft mit Tieren + 45 Betten, für Gruppen ab 8 Pers. 15 DM + nur Wochenende 20 DM + Kleingruppen u. Einzelpersonen plus 5 DM + Selbst-, Teil- bis Voll- und Vollwert-Verpflegung möglich. Das Haus ist in 3 abgeschlossene Wohnbereiche für 10-12, 20-22 bzw. 13 Pers. mit jeweils eigenen Küchen und Sanitärräumen aufgeteilt.

29482 Meuchefitz
Haus Nr.19
Tel. (05841) 5977
Fax (05841) 6976

Ambiente Latino
Salsa • Merengue • Cumbia
La brisa de los Andes
Täglich ab 12 Uhr

Saltenas Bolivianas
Empanadas
Estofado
Tacos
Tapas

Cocktails z.B.:
Cuba Libre
Caipirinha de cachaca ...

La Paz
Heußweg 49 • Tel 40 98 57 • 20255 Hamburg
U-Bahn Osterstraße - 80 m

Neonazis erneut in Bergedorf

Am 8.1.2000 marschierten die Nazis erneut in Hamburg-Bergedorf. Anlaß war die vermeintliche „Kumpanei" der „Antifaschistischen Banden", weil im Lohbrügger Kulturzentrum Lola fünf Rechte, die die Veranstaltung „Neonazis in Bergedorf" des DGB Ortskartells am 16.12.99 mit Innensenator Wrocklage stören wollten, von BesucherInnen verprügelt worden waren.
So zogen am 8.1. achtzig Nazis unter dem Schutz der Polizei und der Führung von Thomas Wulff durch Lohbrügge zur Lola, wo sie in Sichtweite der DGB-Gegenkundgebung (an der sich auch Wrocklage beteiligte) eine Kundgebung abhielten. 150 autonome Antifas versammelten sich am Bahnhof Bergedorf und zogen dann als Demonstration zur Lola, wobei die Polizei alle Straßen und Zugänge in Richtung Nazi-Route absperrte. So gelang es nicht, den Aufzug der Faschisten zu behindern, lediglich auf dem Rückweg am Bergedorfer Bahnhof ergab sich eine Situation, in der ein Hagel aus Flaschen, Dosen und Obst auf sie niederging.
Zurückgekehrt zu ihren am Bahnhof Nettelnburg geparkten Autos mußten die Neonazis feststellen, daß einige Autoreifen ihre Luft verloren hatten.
Wieder einmal war dieser Tag ein Erfolg für die Hamburger Nazis. Nazidemos in Hamburg scheinen mittlerweile, vor einem Jahr in diesem Ausmaß noch unvorstellbar, geradezu zur Normalität zu werden. Zudem vermag die Antifa, fest im Griff der Polizeiführung, den Aufmärschen nichts Adäquates entgegenzusetzen. In dieser beschissenen Situation müssen wir unsere Mobilisierungsfähigkeit bei Naziaufmärschen verbessern und uns neue Strategien gegen die Nazis überlegen.

Donnerstag, 20.1.: Voca bleibt! - Aktionstag

Der neuen Mensa, die ab Sommer 2000 im Erdgeschoß des Phil-Turms auf dem Unigelände gebaut wird, müssen selbstverwaltete studentische Räume weichen. Einzig dem Volxcafe wurde kein Ersatzraum angeboten.

Voca – was ist das eigentlich?

Vor mehr als zehn Jahren, während des großen Studistreiks 1988/89, besetzten einige entschlossene Menschen den damals tristen studentischen Aufenthaltsraum im Erdgeschoß des Philturms und richteten dort ein selbstverwaltetes studentisches Cafe ein. Die Idee war damals wie heute einen Freiraum zu schaffen, um sich zu treffen, aber auch um den Anschluß an linke Politik jenseits der Uni zu finden. Seither wird das Cafe von unterschiedlichen Menschen als offenes Kollektiv organisiert. Unser Anspruch ist es, den bestehenden Herrschaftsverhältnissen ansatzweise etwas entgegenzusetzen. Das Cafe soll nicht einfach nur Dienstleistungsbetrieb sein, der billigen Kaffee verkauft, sondern vielmehr ein Ort der politischen Information und Kommunikation.

Mehr als zehn Jahre lang wurde das Voca in dieser Form von der Uni geduldet. Doch damit soll nun Schluß sein. Wo sich jetzt noch Garderobe, Frauen-Lesben-Raum, Voca und DozentInnenraum befinden, wird bald die neue Mensa entstehen. Die Planungen dafür wurden letzten Sommer abgeschlossen und noch in diesem Jahr soll Baubeginn sein.

Wir lassen uns nicht rausschmeißen! BASTA!

Seit die Pläne zum Mensaneubau bekannt wurden, haben wir immer wieder auf die Bedrohung des Vocas aufmerksam gemacht und öffentlich dagegen protestiert. Neben Gesprächen mit den verantwortlichen Herren (es sind nur Männer), die wenig Interesse für unsere Belange zeigten, starteten wir eine Initiative, in deren Rahmen sich andere studentische Cafes, Fachschaftsräte, hochschulpolitische Gruppen und linke Gruppen außerhalb der Uni mit dem Voca gegen die Vertreibungspläne der Unileitung solidarisierten. Der vorläufige Höhepunkt unserer Aktivitäten für den Erhalt des Vocas war dann eine symbolische Besetzung des Büros des Unipräsidenten im letzten Jahr.

Am 20.1.2000 findet der ultimative Vocableibt! - Aktionstag statt. 11-17 Uhr gibt's Musik (Soundsystem/DJs), Infos, Kaffee, Kuchen, Waffeln und nicht zuletzt Spaß & action. Kommt vorbei – wir brauchen Eure Unterstützung!

Voca – Essen * Trinken * Politik * Spaß

Phil-Turm-Foyer, Von-Melle-Park 6, Uni-Campus

Lufthansa - Todsicher abschieben

Das bundesweite Netzwerk *„kein mensch ist illegal"* ruft auf zu einer Kampagne gegen die Deutsche Lufthansa. *„kein mensch ist illegal"* ist ein bundesweites Netzwerk, das Öffentlichkeit gegen Entrechtung von Flüchtlingen in Europa herstellen will. Mit der Kampagne gegen die Lufthansa soll durch vielfältige Aktionen auf die Verantwortung der am Abschiebegeschäft gut verdienenden Lufthansa aufmerksam gemacht werden. Es handelt sich dabei *nicht* um eine Boykottkampagne, vielmehr werden Fluggäste und Flugpersonal zum Handeln gegen Abschiebungen aufgerufen. Das Image der Lufthansa soll durch diese Kampagne mit dem Ziel geschädigt werden, daß sie sich aus diesem schmutzigen Geschäft zurückzieht. Die Hälfte von zehntausend Flüchtlingen, die jährlich allein vom Rhein-Main-Airport aus abgeschoben werden, fliegt mit Linienmaschinen der Lufthansa.
Anlaß zur Kampagne ist – unter anderem – der Tod des sudanesischen Flüchtlings Mohamed Aamir Ageep, der im Mai 1999 an Bord einer Lufthansamaschine starb. Er sollte, durch BGS-Beamte begleitet, in den Sudan abgeschoben werden. Die Beamten hatten ihn gefesselt, ihm einen Motorradhelm aufgesetzt und ihn solange auf den Sitz gedrückt, bis er erstickte. 1994 starb bereits der Nigerianer Kola Bankole bei seiner Abschiebung – ebenfalls an Bord einer Lufthansa-Maschine. Immer wieder werden

die sogenannten „Schüblinge" beim Transport im Flugzeug brutal mißhandelt. Fußfesseln, Mundknebel oder Integralhelme dienen nach offiziellen Angaben dem Schutz der BGS-Beamten vor „renitenten", sich ihrer Abschiebung widersetzenden Flüchtlingen. Gegen diese menschenverachtenden Deportationen regt sich in verschiedenen europäischen Ländern Widerstand. Boykottandrohungen in Belgien und den Niederlanden haben die niederländische *Martin-Air* veranlasst, das tödliche Geschäft mit den Abschiebungen aufzugeben. Nach dem Mord an Samira Adamu sah sich die belgische Gesellschaft *Sabena* gezwungen, keine gewaltsamen Abschiebungen mehr durchzuführen. Andere europäische Fluglinien wie die französische *Air France* und die niederländische *KLM* fürchten bereits um ihr Image. Auf der diesjährigen Hauptversammlung der Lufthansa in Köln protestierten kritische Aktionäre mit transparenten gegen das Geschäft mit den Abschiebungen und forderten Konsequenzen aus dem Tod von Kola Bankole und Aamir Ageeb.

Augen auf im Flugverkehr – Abschiebungen verhindern!!

Bundesweite Demonstration am 5. Februar 2000 in Berlin
Für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal und allen politischen Gefangenen!

Seit seiner Verurteilung zum Tode im Sommer 1982 wird Mumia Abu-Jamal unter menschenunwürdigen Bedingungen in Todestrakten US-amerikanischer Gefängnisse festgehalten. Weltweite Proteste und Solidaritätsbekundungen hatten 1995 eine Aussetzung des ersten anberaumten Hinrichtungstermins erreicht. Im letzten Jahr ging sein Verfahren dann vor das Oberste Bundesgericht der USA und wurde von dort wieder zu den Bundesgerichten in Pennsylvania geschoben. Es wurde ein weiterer Hinrichtungsbefehl unterzeichnet, dann aber wieder ausgesetzt.

In den nächsten Wochen geht es darum, ein neues Verfahren für Mumia Abu-Jamal juristisch und politisch durch die Verstärkung des öffentlichen Drucks durchzusetzen.

Mit der Anrufung des Bundesbezirksgerichtes geht Mumias Fall jetzt nach Aussagen seines Anwaltes Leonard Weinglass in die alles entscheidende Phase: gelingt es nicht, bei Bundesrichter Yohn eine Anhörung oder direkt die Entscheidung für ein neues Verfahren zu erreichen, werden alle entlastenden Fakten und Aussagen, die die Verteidigung in den letzten Jahren zusammengetragen und präsentiert hat, für alle Zeiten verloren sein. Denn nur wenn sie öffentlich in einer Anhörung oder Verhandlung präsentiert werden, finden sie auch Einzug in Akten. Das kann nur noch unter Richter Yohn geschehen. Andernfalls werden die von Todesrichter Sabo und der Staatsanwaltschaft manipulierten Akten zementiert und alleinige Grundlage möglicherweise noch notwendiger Anrufung des Bundesberufungsgerichts in Pennsylvania und des Obersten Bundesgerichts in Washington sein, die beide nur noch Aktenlage entscheiden.

Nach Einschätzung von Weinglass wird Bundesrichter Yohn nach Prüfung des Antrags der Anwälte und der Stellungnahme der Staatsanwaltschaft dazu ab etwa Anfang März 2000 seine Entscheidung treffen, nachdem er vorher beide Seiten noch einmal im Gerichtssaal gehört hat. Es gibt keine Gewißheit, wie Yohn entscheiden wird. Und Mumias Widersacher in Politik und Polizei, allen voran die rechte Polizeigewerkschaft FOP, wollen endlich seine Hinrichtung.

Wenn wir dies nicht wollen, dann müssen wir gerade jetzt, wenn es im Februar/März 2000 um die elementarste Entscheidung in diesem Kampf geht, alle verfügbaren Kräfte mobilisieren, um die Ermordung von Mumia Abu-Jamal zu verhindern.

Deshalb beteiligt euch an der bundesweiten Demonstration
für das Leben und die Freiheit für Mumia Abu-Jamal

am: 5. Februar 2000
in: Berlin,
Rosa-Luxemburg-Platz
um: 14 Uhr

Kein Raum für Nazis – auch nicht in Oldenburg!

In den letzten Monaten hat es in Oldenburg (i.Oldbg, Niedersachsen) vermehrt Übergriffe von Nazis auf MigrantInnen und „linke" aussehende Personen gegeben. Damit reiht sich Oldenburg in den deutschen Mainstream ein, in dem sowohl die Presse als auch die Polizei nix Besseres zu tun haben, als FaschistInnen in „alkoholisierte Jugendliche" und antifaschistische Gegenwehr in gewalttätige „Schwerverbrecher" zu verwandeln.

Um den Naziterror zu stoppen, fand am 16.10. in der Innenstadt von Oldenburg ein Antifaschistischer Nachtspaziergang statt. Den 2. Nachtspaziergang am 30.10. zerschlägt die Polizei und nimmt 32 Antifas zur ED-Behandlung fest. In den folgenden Nächten ist die Polizei, die Naziangriffe angeblich nicht verhindern kann, an jeder Straßenecke der City präsent um weitere antifaschistische Spaziergänge zu verhindern. In der nacht vom 13. Auf den 14.11. findet eine antifaschistische Demo mit 300 TeilnehmerInnen statt. Vier „Sieg Heil" schreiende und provozierende Nazis am Rande werden schließlich von der Polizei zu deren Schutz in Gewahrsam genommen.

Antifaschistische Demonstration am 29. Januar, 13 Uhr Schloßplatz in Oldenburg (i.Oldbg.)

Prozess wegen Stadtteilaktionstag

Der Stadtteilaktionstag gegen Rassismus und Ausgrenzung vom Februar 1999 im Schanzenviertel wird für drei Menschen ein gerichtliches Nachspiel haben. Die Staatsanwaltschaft beabsichtigt, die drei wegen Nötigung, Widerstands und Landfriedensbruch vor dem Amtsgericht anzuklagen. Mit dem Prozessbeginn ist ab Februar/März zu rechnen. Aus diesem Anlass lädt eine Vorbereitungsgruppe alle Interessierten zu einem Treffen in die **Rote Flora** ein. Am **Sonntag, den 23.01.2000 ab 18.00 Uhr** soll in der **Vokü** gemeinsam beraten werden, wie dieser Prozess angemessen begleitet werden kann. Dazu existieren bereits einige Überlegungen und Vorstellungen, die auf diesem Treffen vorgestellt werden sollen. Neben der unmittelbaren Prozessbegleitung sollen auch im zeitlichen Umfeld des Prozesses Aktionen laufen, die nochmals die mit diesem Verfahren angegriffenen politischen Inhalte in die Öffentlichkeit tragen sollen. Kommt zahlreich!

Gratiszug nach Paris

In Paris wird im Herbst diesen Jahres ein EU-Gipfel stattfinden. Wie schon beim Kölner Gipfel wird es dort um die konkrete Zukunft der Europäischen Union gehen. Der AK Internationalismus ruft dazu auf das Gratiszug-Konzept aufzugreifen, welches in Frankreich und Italien bereits erfolgreich praktiziert wird. Damit soll an die Bewegungen anderer europäischer Länder angeknüpft werden, die durchaus auch erfolgreich waren; so fuhren 1997 1500 Menschen aus Italien zum EU-Gipfel nach Amsterdam ohne zu bezahlen, ohne Kontrollen (leider wurde der Zug in Deutschland und Amsterdam gestoppt). 1999 fuhren 3000 Menschen aus Italien und Albanien anläßlich einer antirassistischen Demo nach Paris ebenfalls ohne zu zahlen und kontrolliert zu werden. Leider wurden jedoch auch sie an der italienisch-französischen Grenze gestoppt. Schlußendlich reisten gegen den EU-Gipfel in Köln 1200 Menschen aus Frankreich an, ohne zu bezahlen und ohne Papiere.
Der AK Internationalismus startet hiermit eine öffentliche Mobilisierung für einen Gratiszug zum diesjährigen EU-Gipfel und hofft auf Kritik, Anregungen und Unterstützung. Genaueres erfahrt ihr bei:

AK Internationalismus
c/o Infocafe `Anschlag´,
Heeperstr. 132 d, 33607 Bielefeld

15. März: Internationaler Protesttag gegen Polizeibrutalität.

Am 15. 3. 2000 jährt sich zum vierten Mal der Aktionstag gegen Polizeibrutalität.
Dieses Ereignis fand zum ersten mal 1997 statt und wurde ursprünglich in der Schweiz initiiert mit tatkräftiger Unterstützung der Gruppe Bürger gegen Polizeibrutalität COBP aus Montreal, Kananda.
1997 nahmen 50 Gruppen in 14 Ländern an diesem Tag an Aktionen teil.
Ziel ist es, Gruppen und Einzelpeersonen, die zum Thema Polizeigewalt arbeiten, zu vernetzen und den Menschen, die von staatlicher Willkür betroffen sind, also vorrangig den „Aussenseitern" der Gesellschaft, Unterstützung zu bieten.
Internationale Solidarität gegen sich zunehmend global organisierende und kollaborierende Polizeiapparate.
Für weitere Informationen:
COBP c/o La Librairie Alternative, 2035 St. Laurent, 2ième étage, Montréal, Québec, Kanada H2X 2T3;
E-mail: seahorse@odyssee.net oder cobp@hotmail.com und für deutsch: pippikrakra@hotmail.com

Neue Hausbesetzung in Berlin

„Squat 2000": Am Mittag des 11. Januar 2000 gegen 14:00 Uhr wurde das wohl erste Haus in Berlin in diesem Jahrtausend besetzt.
Das Haus ist schön und groß und das Vorderhaus fehlt.
Von den BesetzerInnen wird ein runder Tisch angestrebt. Die am Nachmittag eingetroffene Polizei bemühte sich nicht um eine Räumung des Hauses.

Schule in Münster besetzt

In der Sylvesternacht 1999/2000 ist in Münster die vom Abriß bedrohte Uppenbergschule in der Grevener Straße von ca. 50 Leuten besetzt worden- Es soll dort ein selbstverwaltetes libertäres Zentrum entstehen mit Cafe/Kneipe, FrauenLesben-Räumen, Proberäumen, Infoladen u.ä.
Die Stadt erklärte sich schnell zu Verhandlungen bereit und sicherte zu, die BesetzerInnen bis zur Ratssitzung am 9.2. zu dulden, auf der über die weitere Zukunft des Gebäudes entschieden werden soll. Bedingungen der Stadt für eine (vorübergehende) Nutzung sind allerdings, daß zum noch festzusetzenden Abrißzeitpunkt das Haus freiwillig verlassen wird, dies soll per Erklärung von NutzerInnenseite zugesichert werden. Außerdem soll das Nutzungskonzept konkreter gefaßt werden und die Gruppe feste VerhandlungsführerInnen stellen.
Ob unter diesen Bedingungen weitere Verhandlungen geführt werden können, müssen die BesetzerInnen für sich noch entscheiden.

Rassistischer Alltag in Deutschland (West)

Der Anfang Dezember 99 von einem SEK-Kommando bei einem Bullenüberfall in seiner Wohnung in Braunschweig niedergeschossene Asylbewerber aus Bulgarien ist am 21.12. seinen Verletzungen erlegen. Er war als aktiver Kommunist nach der Wende in Bulgarien massiv gefoltert worden und 93 in die BRD geflüchtet, wo er zunächst als Physiker eine Gastdozentenstelle inne hatte, nach deren Ablauf er Asyl beantragte. Der Antrag wurde vom Verwaltungsgericht Braunschweig mit der Begründung abgelehnt, daß von staatlicher Verfolgung ehemaliger Kommunisten in Bulgarien nicht die Rede sein könne trotz in Sofia von der Medizinischen Akademie attestierten zahlreichen Prellungen und Blutergüssen als Folge der Mißhandlungen durch die bulgarische Polizei.
Auch die ihm hier bescheinigte hohe Suizidgefährdung bei angedrohter Abschiebung als Folge der Foltererfahrungen war kein Hinderungsgrund für die deutsche Abschiebemaschinerie. Trotz des laufenden Asylverfahrens und der Zusicherung seitens der Ausländerbehörde, keine Zwangsmaßnahmen gegen ihn einzuleiten, wurde seine Wohnung von einem SEK-Überfallkommando gestürmt und der 36 jährige, der gedroht hatte, sich mit einem Messer umzubringen, von den Bullen niedergeschossen, in „Notwehr", versteht sich. Er sollte zur amtsärztlichen Zwangsuntersuchung festgenommen werden.
Kurz zuvor hatten Beamte des selben Einsatzkommandos bereits einen anderen Mann erschossen.
Der niedersächsische Flüchtlingsrat hat mittlerweile Strafanzeige gegen den Leiter der Braunschweiger Ausländerbehörde Edgar Wrobel gestellt, dem er Körperverletzung mit Todesfolge, Freiheitsberaubung und Rechtsbeugung vorwirft.

Filmwochenende 29.-30.01.00

Am 30.01.1933 übernahmen die Faschisten die Macht in Deutschland, die drei Filme dieses Wochenendes beschäftigen sich auf unterschiedliche weise mit dem Nationalsozialismus.

Am Samstag den 29.01.00: Kino für Kids
Für Menschen ab 8 Jahre Eintritt frei
Die Kinder aus Nr.67 oder Heil Hitler ich hätt gern'n paar Pferdeäppel.
von Usch Barthelmes-Weller und Werner Meyer- BRD 1988
Berlin 1932: Erwin und Paul sind dicke Freunde-wenn sie nicht gerade mit der Bande aus dem Hinterhof Nr.67 spielen oder Arbeiten für die Familie erledigen müssen, sind sie unterwegs um sich das Geld für einen richtigen Fußball zu verdienen. Pauls Familie gerät durch Arbeitslosigkeit in immer größere Not die Miete kann nicht mehr gezahlt werden...
Ein Jahr später gibt es die Bande nicht mehr fast alle sind bei der HJ oder im BDM, Erwins Vater wird verhaftet und Miriam das jüdische Mädchen aus dem Vorderhaus muß Deutschland verlassen und schließlich trägt auch Paul Uniform...
Am Sonntag den 30.01.00 heißt es dann: Frühstück-Kino-Bar
Los geht es ab 12 Uhr mit einem kleinen aber feinen Frühstück,
um 15 Uhr zeigen wir den Dokumentarfilm „Hotel Terminus-Leben und Zeit des Klaus Barbie" von Marcel Ophüls über den ehemaligen Gestapochef von Lyon, der sich unter anderem mit Hilfe des amerikanischen Geheimdienstes jahrzehntelang seiner Dingfestmachung als Kriegsverbrecher entziehen konnte.
Anhand von Augenzeugenberichten und Dokumenten erzählt der Film die verschiedenen Karrieren des Klaus Barbie bis zu seiner Festnahme 1983 und der Verurteilung vier Jahre später in Frankreich.
Um 20Uhr dann : „Das Leben ist schön"von Roberto Begnini-Italien 1997
Ende der 30er Jahre in der Toscana. Hier verbringt der Jude Guido glückliche Jahre. Mit viel Charme erobert er seine Liebe Dora, und mit aufgewecktem Schalk meistert er die ersten Mißklänge faschistischer Willkür. Am fünften Geburtstag seines Sohnes Giusoè wird die Familie in ein KZ deportiert. Guido bewahrt auch hier sein Talent als Überlebenskünstler. Um seinen Sohn vor dem ausweglosen Grauen zu bewahren, gibt er das Lager als Geburtagsüberraschung aus. Das KZ wird zum Ferienlager, die Aufseher zu Gegenspielern.
Anschließend wollen wir, auch weil der letzte Film nicht unumstritten ist, noch eine Bar/Kneipe veranstalten und hoffen das es gemütlich genug ist um einige Getränke zu sich zunehmen und das Gesehene in großen und kleinen Gruppen zu diskutieren.

Dokumentation

Anschlagserklärung autonomer und antifaschistischer Gruppen

Für den 18.12.'99 hatten Nazis der NPD ursprünglich einen Aufmarsch unter dem Motto 'Todesstrafe für Kinderschänder' in Hannover angekündigt. Auch wenn sie ihre Anmeldung kurzfristig zurückgezogen haben, so begreifen wir dieses Vorhaben doch als Bestandteil einer umfassenden Strategie der Faschisten.
Verstärkt seit Mitte der neunziger Jahre bemühen sich vornehmlich die Jugendorganisation der NPD (JN) u. sogenannte 'Freie Kameradschaften' darum, ihr Fußvolk mittels öffentlichkeitswirksamer Aufmärsche zu rekrutieren u. in ihre Organisationen einzubinden. Diente in den letzten Jahren die Ausstellung 'Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944' als Zielscheibe für ihre Hetze, so gehen sie nunmehr dazu über, anknüpfend an verbreitete Ressentiments, sich als Wahrer der Interessen des deutschen Saubermanns zu profilieren.
Diese Versuche, sich als seriöse politische Kraft, als Personifizierung von Anstand u. Ordnung zu inszenieren, flankieren die Exzesse rechtsextremer Gewalt, die als Alltagserscheinung das Gesicht dieser Gesellschaft prägen: Angriffe auf MigrantInnen u. Andersdenkende, zunehmend antisemitische Verbrechen. Militante Nazis reagieren auf ihre Weise auf die gesamtgesellschaftliche Rechtsentwicklung, die sich im wiedervereinigten Deutschland vollzogen hat.
Das vielbeschriebene Phänomen einer hegemonialen jugendlichen Subkultur, die sich faschistoid, oder offen faschistisch entäußert, ist keineswegs auf den Osten begrenzt.
In Hannover beispielsweise wollten die Nazis nun binnen 14 Monaten zum 4. Mal marschieren. Vielfältige Arten des Widerstands sind von Nöten, um eine faschistische Formierung zu behindern u. anzugreifen. Wir haben die direkte Aktion gewählt, denn ohne gezielte Gegengewalt werden wir ihre Offensive nicht stoppen können.
Am 14. u. 15.12. haben wir folgende Aktionen durchgeführt:

- Fensterscheiben eingeworfen bei Verena Jacobus, Philipsbornstr.12, Hannover. Sie nahm am NPD-Aufmarsch am 19.12.'98 in Hannover, sowie an diversen anderen Aufmärschen im Bundesgebiet teil.
- -Nazitreff 'Kalte Zeit' bei Sulingen/Niedersachsen abgebrannt. Unbeteiligte wurden bei dieser Aktion nicht gefährdet. Die 'Kalte Zeit' war ein verwahrlostes Bauernhaus, welches von Faschisten gekauft worden war u. die meiste Zeit leer stand, auch als wir ungebetenerweise zu Besuch erschienen.

Allerdings fanden bis dato –seit ca. 10 Jahren- in größeren Abständen (vorwiegend im Sommer) Zusammenkünfte von Nazis statt. Wie zu beobachten war, diente das zweigeschössige Gebäude vorwiegend als Treffpunkt für Feiern u. Saufgelage (so im August '99, als über 300 Nazis aus Norddeutschland kamen). Daneben fanden von dort ausgehend aber auch Wehrsportübungen u. martialische Exerzierübungen statt, an einer Sonnenwensfeier in diesem Jahr nahmen ca. 130 Personen teil.
Wir fanden neben Betten und einer Art Tagungsraum auch große Mengen an Flugblättern u. Wahlplakatschildern der NPD. Offensichtlich sollten demnächst auch Renovierungsarbeiten stattfinden, was auf eine stärkere künftige Nutzung als Zentrum hinwies. Daraus wird nun nichts, der Nazitreff in Kalte Zeit liegt in Schutt u. Asche!!!

Autonome u. antifaschistische Gruppen

Dokumentation:

„Linksradikal ins nächste Jahrtausend":

Als klitzekleinen Beitrag haben wir in der Nacht vom 30. Auf den 31.12. ein Geldinstitut mit steinigen Argumenten bedacht. Das ändert nicht viel. Ändern wird sich auch im nächsten Jahrhundert nichts an Ausbeutung und Unterdrückung, wenn wir nicht wieder anfangen/weitermachen

1. an Befreiung und Revolution zu glauben,
2. dafür zu kämpfen,
3. gegen Konsumterror und Befriedung, gegen Staat und Kapital, gegen Kriegsmaschinerie und Lohnarbeit
4. gemeinsam! Widerstand entwickeln und
5. sofort heute anfangen: Raus auf die Straße,

„Macht kaputt was euch kaputt macht"
Kein Vergeben, kein Vergessen
Hoch die Internationale Solidarität!

Soweit die uns zugegangene Erklärung. Laut beigefügter Info büßten in der Silvesternacht außerdem das Altonaer Rathaus und die Deutsche Bank Scheiben ein

Am Vereinswesen soll die Schanze genesen

Die Erkenntnis, dass immer, wenn es in Deutschland ein Problem gibt, zunächst ein Verein gegründet wird, ist so alt, wie sie wahr ist. Und weil es im Schanzenviertel eben viele Probleme gibt, hat sich am 13. Dezember 99 der Verein „Standpunkt Schanze e.V." gegründet. Etwa 20 Gewerbetreibende des Stadtteils haben sich in ihm bisher zusammengeschlossen. Nachdem eine Gründung im Sommer gescheitert war, haben diesmal STEG (Stadterneuerungsgesellschaft) und die Handelskammer die Kulissen geschoben, um die Sache auf ihren guten Weg zu bringen. Überdeutlich wird diese Patenschaft im Geiste in der Präambel, die der Verein sich auf seiner Gründungsversammlung als „Leitbild" (so heisst das heute...) für seine zukünftigen Arbeitsschwerpunkte gab. Diese ein-seitige Ausarbeitung ist die sprachliche Kreuzung der STEG-Broschürenprosa mit der Wirtschaftsstandortlyrik der Handelskammer. Einer dieser STEG-Satzbaustein lautet zum Beispiel „Unser Schanzenviertel spiegelt wie kaum ein anderer Ort in Hamburg die metropole und multikulturelle Lebensart und die Vielfalt eines Großstadtquartiers wider (...) Die Rücksicht auf Minderheiten ist Programm und prägt die Identität von Betrieben, Bewohnerinnen und Bewohnern des Viertels gleichermaßen. Die gelebte Toleranz ist fest im Viertel verankert und über Hamburg hinaus bekannt." Naja, dass fand denn wohl auch die STEG etwas dick aufgetragen, deswegen heisst es einige Zeilen später etwas halblaut „Die latent (!?) spürbaren Konflikte bedürfen kreativer Lösungswege, die bestehende wirtschaftliche und sozialen Interessenlagen berücksichtigen." Und weil die Wirtschaft immer vor dem Sozialen kommt, fügt sich hier nun mutmaßlich der Handelskammer -Textbaustein nahtlos an: „Die Dichte unterschiedlicher Nutzung in dem sich wandelnden Quartier erfordert außergewöhnliche Regeln des Zusammenlebens. Wir brauchen einen Konsens zur Lösung von Fragen der Sauberkeit und Sicherheit im öffentlichen Raum, zur Lösung von Verkehrsproblemen und natürlich zu Fragen der zukünftigen Entwicklungsrichtung des Schanzenviertels. Es ist daher auch für die Wirtschaft vor Ort notwendig, ihre Interessen zu bündeln und wirkungsvoll zu vertreten...." und so weiter und so fort. Dieser Part gibt die wesentliche Essenz der Präambel wider, später werden nochmal die vor dem Drogenproblem aus dem Stadtteil fliehenden Familien bemüht, wie auch die Belastungsgrenze, die für Gewerbetreibende und Bewohner erreicht sei.

Das Schanzenviertel ist also endlich angekommen in der Ära des neoliberalen Diskurses: Sauberkeit und Sicherheit im öffentlichen Raum als Maximen eines Zusammenschlusses von Gewerbetreibenden, wer hätte sich das noch vor einigen Jahren gedacht. Es scheint, als wenn das ideologische Trommelfeuer der letzten drei Jahre sein Ziel erreicht hätte: nicht die einschneidenden Mittelkürzungen der sozialen Einrichtungen im Stadtteil sind ein Problem, nicht die Drogenpolitik des Senats ist ein Problem, Übergriffe von Polizeibeamten gegenüber Schwarzafrikanern sind auch kein Problem, das Gegeneinanderausspielen von Verarmung auf der einen Seite und der zunehmenden Aufwertung im Quartier ist kein Problem, die Alltäglichkeit des Rassismus im Stadtteil gegenüber Schwarzafrikanern ist natürlich kein Problem (O-Ton: „Wir sind keine Rassisten. Aber..."). Stattdessen wird von „Flächenkonkurrenzen und spürbaren Spannungsverhältnissen" und „latent spürbaren Konflikten" salbadert wo es „Vertreibung und Verdrängung" bzw. „unverhohlener Rassismus" heissen muss. Denn während an jenem 13. Dezember 99 die Gewerbetreibenden des Viertels über latente Konflikte, Sauberkeit und Sicherheit Konses herstellten, brach sich zeitgleich Volkes Stimmung Bahnen in der Schule Altonaer Str. anlässlich einer Diskussionsveranstaltung zur Schaffung eines Treffs für Afrikaner im Stadtteil. Beobachter dieser Veranstaltung waren fassungslos ob der dumpfen und ressentimentgeladenen Stimmung dieses Treffens. Dort wurde nämlich Konsens darüber hergestellt, dass ein Treff für Afrikaner nur noch mehr Dealer anziehen würde („Alle Afrikaner dealen"), den Familien mit Kindern sei so ein Projekt im Stadtteil nicht zuzumuten („Die Belastungsgrenze ist erreicht.") und das ganze im Stadtteil nichts zu suchen hat. Die Bezirkspolitik vermeldete dazu, dass gegen den Willen der BewohnerInnen das Projekt nicht durchgesetzt werden würde, das wars also vorläufig. Und weil die gelebte Toleranz „fest im Viertel verankert und über Hamburg hinaus bekannt" ist, war natürlich über dieses Treffen am folgenden Tag in der Presse fast nichts zu erfahren. Die Fiktion der mulikulturellen Lebensart darf nicht infrage stehen, nur im Schatten dieser Fiktion können dann die neuen uralten Werte von Sicherheit und Sauberkeit zur vorgeblichen Rettung des alternativen Quartiers etabliert werden. Warum aber neuerdings Probleme der mangelnden Sauberkeit nicht weiterhin Aufgaben der Stadtreinigung bleiben sollen und worin eigentlich genau das Sicherheitsproblem im Schanzenviertel besteht, wo die zuständige Revierwache beim besten Willen keinen signifikanten Kriminalitätsanstieg zu vermelden mag, bleibt im Dunkeln. Im Zweifelsfall ist es das „subjektive Sicherheitsgefühl", das als Argument herhalten muss, und auf Veranstaltungen wie in der Altonaer Str. sich artikulieren darf. Die Arbeitsteilung funktioniert dabei glatt: auf AnwohnerInnentreffen wird ordentlich Stimmung gemacht, die je nach Notwendigkeit öffentlich instrumentalisiert wird oder – wie in diesem Fall – nahezu unterschlagen; statt dessen wird über die Gründung des Gewerbetreibendenvereins berichtet, dessen programmatische Präambel selbstverständlich in keinem Zusammenhang mit dem dumpfen Rassismus beim Thema Afrikanertreff steht.

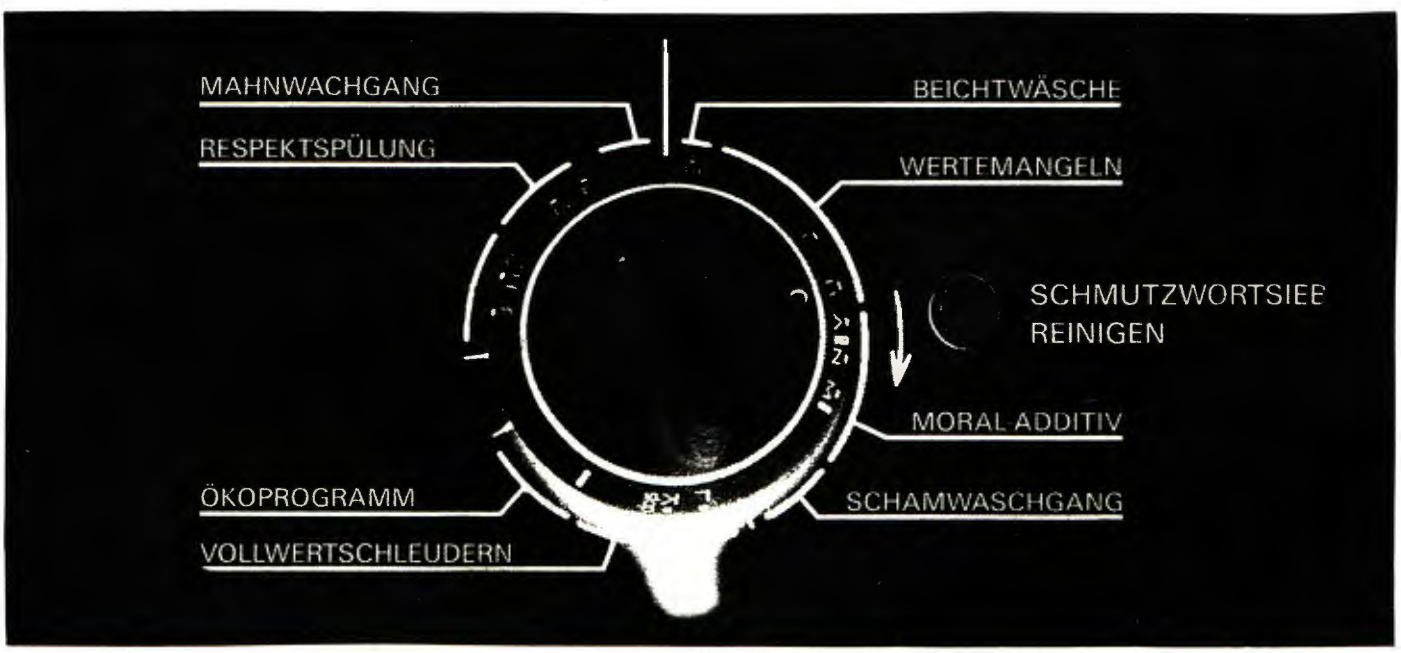
Dass jedoch die Gewerbetreibenden an ihrer eigenen Abschaffung unter der Regie der Handelskammer arbeiten, haben sie immer noch nicht begriffen und werden sie wohl auch erst begreifen, wenn sie in den nächsten zehn Jahren aufgrund der Explosion der Gewerbemieten ihre Läden schliessen werden. Denn die Ziele der Vereinspräambel, Sauberkeit und Sicherheit und die Lösung der Verkehrsprobleme voranzutreiben, werden in der Konsequenz für eine effiziente Verdrängung der zur Zeit noch sichtbaren sozialen Probleme von Verarmung und Verelendung sorgen. Wenn dann demnächst die Rote Flora entweder durch Verträge domestiziert oder weil sie keine Verträge abschliessen wird plattgemacht ist, dann sind endgültig die Voraussetzungen für einen boomenden Stadtteil geschaffen, der dann durch Aktivitäten von STEG und Handelskammer bis zur sozialen Unkenntlichkeit entstellt sein wird. Der Gewerbetreibendenzusammenschluss stellt neben Quartiersmanagment, Neuner-Gremium, der STEG-Sanierung, sowie der Standortpolitik der Handelskammer einen wichtigen Legitimierungsfaktor dar. So glatt wie die Präambel mit ihrem reaktionären Sicherheits- und Sauberkeitsgerede durchgewinkt wurde, so kritiklos wird der Gewerbeverein auch in Zukunft am eigenen Ast, auf dem er sitzt, sägen, zumindest wenn es um den Teppichfritzen und ähnliche Läden geht. Offensichtlich ist es den politisch-strategisch planenden Instanzen gelungen, nützliche Idioten im Stadtteil zu etablieren, die sich als authentisches Sprachrohr einer Politik begreifen, die (es muss immer wieder gesagt werden) nicht für jene bestimmt ist, die hier heute noch leben und eventuell noch arbeiten, sondern jenen, die hier in Zukunft leben und arbeiten sollen. Wer diese Zukunft des Stadtteils sehen möchte, schaue sich den Gewerbehof Schulterblatt 58 an und die neuen Kneipenprojekte am Schulterblatt 72 bis 74. Da kann man denn sehen, was dem Stadtteil blüht. Aber 'irgendwie' scheint es gerade modern, mit den Wahlkampfthesen der CDU aus den siebziger Jahren von Sicherheit und Sauberkeit Politik im Schanzenviertel der Gegenwart machen zu können und sich dabei für total modern zu halten. Dabei könnte das Nachdenken über die altmodische schlichte Frage „Wer verdient am Ende daran?" nicht nur bei geschulten MarxistInnen zu Einsichten führen, mit denen sich vernünftige Politik machen lässt.

der Kontaktbereichsautonome

Auch mit edlen Ideen kann man die Welt verwüsten... (Altes jüdisches Sprichwort)

Im Freien Sender Kombinat (FSK), dem einzigen nichtkommerziellen Radio Hamburgs, wird seit September 99 eine Auseinandersetzung um einen „Nachruf" auf Ignatz Bubis geführt. Der verantwortlichen Redaktion dieses Sendebeitrags (die Gruppe „Freunde der Guten Zeit") wird von KriterInnen innerhalb des FSK-Projekt vorgeworfen, dass dieser Beitrag antisemitische Züge aufweise. Wir haben uns entschlossen, eine Dokumentation dieser Auseinandersetzung aus dem aktuellen Programm-Info des FSK vom Januar 2000, dem transmitter, nachzudrucken.
Die Neue Linke setzt sich nur sehr zögerlich mit dem Thema Antisemitismus auseinander, besonders wenn es um Antisemitismus in den eigenen politischen Strukturen bzw. Inhalten geht. Das Bewusstsein darüber ist in den letzten Jahren zwar gewachsen, doch die Auseinandersetzungen darum zeigen immer wieder, dass es auch für die Linke keine Normalität nach der Shoah durch die vermeintliche Gnade der späten Geburt gibt. Das aktuelle Beispiel für diese Annahme liefert die Debatte im FSK, der wir mit diesem Nachdruck zu einer Weiterverbreitung verhelfen wollen.
Wir können und wollen hier noch keine eigene angemessene Einschätzung beisteuern, denn innerhalb des FSK ist bereits jetzt eine 64-seitige Dokumentation zu dieser Debatte im Umlauf, die weit über das hier dokumentierte hinausgeht und zeigt, wie komplex der Streit ist.. Allerdings wünschen wir uns, dass die inhaltliche Auseinandersetzung nicht durch einen unserer Meinung nach schon länger schwelenden Richtungsstreit innerhalb des FSK überlagert wird. Auch deshalb halten wir es für unbedingt notwendig, dass die Debatte weit über die FSK-Strukturen hinaus Beachtung und aktive Teilnahme findet
Wir haben in Ergänzung der transmitter-Veröffentlichung auch einen – stark gekürzten, aber unserer Meinung nach nicht verkürzten - Text der „Freunde der Guten Zeit" mit aufgenommen, um wenigstens ansatzweise die einander gegenüber stehenden Positionen zu dokumentieren. Wir müssen allerdings dabei feststellen, dass uns der Beitrag der „Freunde der Guten Zeit" wenig Freude bereitet hat. Es lässt beispielsweise wenig Nachdenklichkeit erkennen, wenn sich die „Freunde" auch noch im Diktum Walsers des Arguments der „Moralkeule" bedienen. Ihre Feststellung, die Linke würde jede Kritik an Bubis schon als Antisemitismus werten, geht genau am Kern des Arguments vorbei, dass eben in der konkreten historischen Konstellation jede verkürzte und undifferenzierte Kritik höchst problematisch ist.

die redaktion



Beitrag der »Freunde der guten Zeit« vom August und 22. September 1999

»Und nun zum Schluss aus aktuellem Anlass zum Tode von Ignatz Bubis: Wieder wird aus Ermangelung von Klassenbewusstsein um der Lehre des heutigen linken Daseins aus einem liberalen Kapitalisten, Ausbeuter, Spekulanten ein Antirassist. Warum? Weil er ein Jude war? Als ob das ein Persilschein sei! Jahrzehntelang gehörte Bubis zu dem kapitalistischen Vorstand der jüdischen Gemeinde Frankfurts. Er hatte so viel mit den jüdischen Proletariern zu tun wie Axel Springer mit den Zeitungsverkäufern. Es gab in der letzten Zeit einen Richtungsstreit innerhalb der Leitung der jüdischen Gemeinde Deutschlands, dem Zentralrat. Die einen, die die aus der SU auswandernden Juden, die in die BRD aus/einwandern wollten, hier nicht haben wollten, sie direkt nach Israel weiterschicken wollten. Und die anderen, die es diesen zubilligten, ihre Entscheidung selbst zu treffen. Bubis gehörte zu dem liberalen Flügel, nicht wie Galinski, der sie in Israel sehen wollte. Israel, das trotz großer Opposition im eigenen Land bis heute die Palästinenser terrorisiert.«

Chronologie

- August/September 1999 Die FdgZ kommentieren in einem Beitrag von ca. einer Minute den Tod von Ignatz Bubis. Der Beitrag wird viermal ausgestrahlt, zuletzt am 22.9.
- 28.9. Offener Brief eines FrühSK-Redakteurs, in dem die Sendung als antisemitisch bezeichnet wird. Aufforderung zur Diskussion auf dem nächsten FrühSK-Plenum.
- 1.10. Antwort eines Redakteurs der FdgZ auf den offenen Brief. Verweigerung der Diskussion.

• 5.10. Auf dem FrühSK-Plenum soll der Dissens zur Sprache gebracht werden, die FdgZ bleiben dem Plenum fern. Ein Ausschlussantrag gegen die FdgZ wird gemäß dem FrühSK-Reglement auf den 19.10. vertagt.

• 6.10. Eine Gruppe FSK-RedakteurInnen aus verschiedenen Redaktionen kritisiert den Bubis-Beitrag und die Reaktion auf den offenen Brief öffentlich auf dem Sendeplatz der FdgZ (deren eigene Sendung gerade ausfällt) in einer einstündigen Gegensendung, die am selben Vormittag noch zweimal wiederholt wird. (Die Argumentation der Sendung wird unten in dem Text »Zurück zum Gegenstand« zusammengefasst.)

• 7.10. Die Mitgliederversammlung der Anbieterinnengemeinschaft einigt sich darauf, den Konflikt auf der nächsten regulären Sitzung des Frühstückskombinats am 19.10. FSK-öffentlich zu diskutieren.

• 12.10. Das FrühSK beschließt, die nächste Sendung der FdgZ ausfallen zu lassen. Die FdgZ legen eine sechsseitige Stellungnahme vor, in der sie u.a. behaupten »Da geht es nicht um Antisemitismus, die moralische Keule wird nur rausgeholt, um Leute, die eine andere politische Überzeugung haben, mundtot zu machen. Des weiteren fordern sie von der AnbieterInnengemeinschaft »uneingeschränkten Widerruf und Entschuldigung für die unsäglichen Anwürfe« und den Abdruck der Erklärung im transmitter.

• 19.10. Auf der FrühSK-Sitzung wiederholen die FdgZ ihre Gegenvorwürfe, unterstützt u.a. von Mitgliedern von Radio Libertär, die Wiedergutmachung der Rufschändung fordern. Die KritikerInnen bekräftigen ihre Position, weisen den Vorwurf zurück, die FdgZ als Nazis denunziert zu haben, und fordern - vergeblich - eine inhaltliche Diskussion der von ihnen tatsächlich geäußerten Kritik. Der Ausschlussantrag wird erneut vertagt. - Auf dieser und folgenden FrühSK-Sitzungen wird beschlossen, die FdgZ-Sendungen vorerst auszusetzen.

• 2.11. Das FrühSK beschließt ein Moratorium bis zum 30.11.

• 4.11. Die AnbieterInnengemeinschaft akzeptiert das Moratorium und sieht sich ansonsten außerstande, eine Stellungnahme abzugeben, weil sich bisher keine Radiogruppe eindeutig in der Sache geäußert hat.

• 17.11. Die »Gruppe aus gegebenem Anlass« beginnt mit ihrer FSK intern angekündigten Diskussionsreihe über Theorie und Geschichte des Antisemitismus. - In der zweiten Novemberhälfte erscheinen Papiere (neben dem geringfügig geändert in diesem Heft abgedruckten) von UniRadio/acedemic hardcore und der Redaktion 3, die beide die bisher vorgebrachte Kritik an den FdgZ im wesentlichen teilen und versuchen, eine politische und gesellschaftstheoretische Diskussion zu initiieren; außerdem von einem Mitglied von Radio Klassenkampf, das beiden Seiten ein »Missverständnis über den Klassenbegriff« diagnostiziert, um am Ende festzustellen, dass die FdgZ »durch ihre schnodderige, oberflächliche Art denjenigen Leugnern des Klassenbegriffs und/oder Gegnern des Klassenkampfs, die offensiv nach stalinscher Manier versuchen das Radio von allen sich aufs Proletariat beziehenden Kräften zu säubern, einen willkommenen Anlass« böten: und schließlich von den FdgZ.

• 30.11. Das FrühSK beschließt mit großer Mehrheit die Absetzung der Sendung der FdgZ.

• 2.12. Die AnbieterInnengemeinschaft lehnt sowohl den Antrag von ForumRadio, eine Stellungnahme der FdgZ im transmitter zu veröffentlichen, als auch den Antrag von Radio Loretta auf generelles Sendeverbot für die FdgZ ab.

Zurück zum Gegenstand

Ein weiteres Wort zur Antisemitismusdebatte im FSK und den Grenzen der Aufklärung.

Mit folgendem Text möchte ich zum Gegenstand der Auseinandersetzung zurückkehren, der meines Erachtens im Laufe der Debatte stark in den Hintergrund geraten ist. Der Gegenstand ist der Radiobeitrag der »Freunde der guten Zeit« vom 22.9.1999. Er steht am Beginn dieser Auseinandersetzung. Dieser Beitrag wurde von einer Reihe RadioaktivistInnen unterschiedlicher politischer Herkunft als antisemitisch eingestuft. Es gab daraufhin einen offenen Brief von Sebastian, der die Sendung deutlich aber sachlich kritisiert hat und die »Freunde« zu einer Diskussion darüber aufgefordert hat. Die Antwort war ein sehr unsachliches Schreiben, dessen Argumentation unseren Eindruck von vorhandenen antisemitischen Stereotypen bestätigt hat und die Verweigerung der Diskussion (obwohl sie gemäß FrühSK-Regeln ohnehin auf dem Treffen hätten anwesend sein müssen.) Erst dann haben wir in der Piratensendung vom 6.10. die Auseinandersetzung öffentlich gemacht. Da unsere Argumente trotz mehrfacher Wiederholung anscheinend nicht gehört worden sind, möchte ich einige zentrale Punkte noch mal ausführen. Grundlage dafür ist Oles Thesenpapier vom 19.10.1999, dessen Argumenten ich mich in allen Punkten anschießen möchte.

Zur Sendung der »Freunde der guten Zeit« vom 22.9.1999

Der Weg vom verstorbenen Bubis über seine Funktion (Zentralratsvorsitzender), seiner spezifischen Positionierung in dieser Funktion (andere Haltung als sein Vorgänger in der Frage der jüdischen EmigrantInnen) bis hin zu den politischen Problemen des Staates Israel wird in einer Geraden von 10 Sätzen zurückgelegt Die angekündigte Intention, eine Kritik an der Feststellung, Bubis sei Kapitalist und Antirassist gewesen, wird mit keiner Silbe umgesetzt. Statt dessen beginnt der Sprecher mit der Ankündigung einer Kritik an der Linken und endet schließlich bei Problemen, mit denen die Politik von Bubis« Vorgänger belastet war. Die Hörenden haben entweder die Möglichkeit das ganze als eine zusammenhangslose Aneinanderreihung von Sätzen nicht zu verstehen oder nach dem verbindenden Element der Argumentation zu suchen. Dieser Text funktioniert aber nur über zwei Leitmotive: Das eine ist »Juden«, es verbindet Bubis mit Galinski und dem Zentralrat, führt von Frankfurt über Russland nach Israel. Das andere seine Verknüpfung mit negativen Eigenschaften, also kapitalistisch, ausbeuterisch, privilegiert und terroristisch. Diese Begriffe sind die einzigen Verbindungen zwischen den Sätzen, sie funktionieren gewissermaßen als Brücken. Die wohl angestrebte Aussage der Sendung im Sinne von »Nun habt Euch mal nicht so mit dem Bubis, der war auch nur ein Kapitalist wie alle anderen«, verunglückt völlig. Produziert wird statt dessen eine Negativ-Kette (Kapitalismus, Spekulation, Ausbeutung, Vorstand, Bevormundung, Terror), die sich um den Begriff vom Jüdischen (Bubis, Galinski, Israel) schlingt. Das ist Antisemitismus. (Noch mal: Bei einem Text mit ca. 40 Hauptwörtern verweisen insgesamt über 20 Hauptwörter bei etwa gleichem Anteil auf Kapitalismus und Judentum. Es lässt sich also von einer außerordentlich hohen Frequenz dieser Bedeutungsträger sprechen. Diese Begriffe sind durch Satzstellung und Wortbedeutung einander zugeordnet und mit entsprechenden Eigenschaftswörtern wie »jüdisch« und »kapitalistisch« verknüpft. Der Text funktioniert schon strukturell über eine Dominanz dieser Kopplung. Dieses linguistische Mosaik ergibt ein antisemitisches Ganzes.)

Aber nicht nur die Reproduktion einer uralten Stigmatisierung macht dieses aus. Ich finde in der drastischen Verkürzung auch etwas wieder, was in Adornos/Horkheimers »Elementen des Antisemitsmus« unter dem Begriff »pathische Projektion« entwickelt wird. (Da das innerhalb einer analytischen Arbeit über Antisemitismus geschieht, halte ich es für angemessen, mit diesem Begriff in dieser Auseinandersetzung zu arbeiten.) Das hier entwickelte Projektionsmuster lässt sich, auf die Sendung angewendet, folgendermaßen beschreiben: Der Umgang der »Freunde« mit den Sachverhalten (zwei Amtsperioden, drei Kontinente und eine halbe Klassenanalyse in zehn Sätzen) reduziert diese Sachverhalte auf das, was sie in ihnen sehen wollen. In der gleichen Bewegung reduziert sich der eigene Blick unhinterfragt auf die Klischees, die dem Ressentiment entsprungen sind. Dieser Mangel an Eigenreflexion ist dann auch dafür verantwortlich, hinter der konkreten Auseinandersetzung eine »eigentliche« Auseinandersetzung und sich als »eigentliche« Opfer eines ominösen Machtblocks im FSK zu wähnen. (Mit den Worten Adorno/Horkheimers: » Das Pathische am Antisemitismus ist nicht das projektive Verhalten als solches, sondern der Ausfall der Reflexion darin. Indem das

Subjekt nicht mehr vermag, dem Objekt zurückzugeben, was es von ihm empfangen hat, wird es selbst nicht reicher, sondern ärmer. Es verliert die Reflexion nach beiden Richtungen: da es nicht mehr den Gegenstand reflektiert, reflektiert es nicht mehr auf sich und verliert so die Fähigkeit zur Differenz.«) So funktioniert Antisemitismus.

Zur Auseinandersetzung

Bisher bewegte sich die Auseinandersetzung auf völlig verschiedenen Ebenen. Auf die unsererseits formulierte inhaltliche Kritik ist bisher kaum eingegangen worden. Ich möchte diesen Bruch der Ebenen veranschaulichen. Der Hinweis, dass die Argumentation einer Sendung klassische antisemitische Stereotypen reproduziert und sich die Äußerungen über Ignatz Bubis in einer unangenehmen Nähe zu den Nachrufen rechtsradikaler Publikationen befinden, ist vor allem eine inhaltliche Kritik. Die Erwiderungen auf diese Kritik in den ersten beiden Briefen, wir seien arrogante Wichser, die nicht richtig arbeiten müssten, bohemistische Debatten als Sport führten, nur um »mal (zu) schauen, wer die bessere Rhetorik drauf hat«, bewegt sich auf einer anderen Ebene: Beschimpfung. Dies funktioniert für die »Freunde« deshalb, weil sie die inhaltliche Kritik des strukturellen Antisemitismus nur übersetzt als Beschimpfung lesen können. Durch unsere Kritik im Kern ihrer Identität getroffen, konterten sie bisher hauptsächlich mit Pöbeleien, anstatt unsere Argumente zu erwägen. Ein weiterer Reflex im Denken, der bisher eine tiefere Auseinandersetzung der »Freunde« mit unserer Kritik verhindert hat, zeigt sich im Vorwurf, mit unserer Kritik wollten wir sie eigentlich zu Nazis stempeln. Dieses auf den FrühSK-Treffen entwickelte Abwehrmuster ist ein tautologisches: »weil nur Nazis Antisemiten sind, wir aber keine Nazis sein können, weil wir Linke sind, können wir auch keine Antisemiten sein. Wir sind gut, weil wir gut sind.«

Nun war das antijüdische Ressentiment noch nie ein besonderes Privileg der Nazis. Nicht nur in Deutschland war es, zunächst religiös sich äußernd, stets in verschiedenen politischen Lagern und allen Gesellschaftsschichten wiederzufinden. Es war im bürgerlichen Salon ebenso hoffähig wie in der christlichen Kirche oder im proletarischen Milieu. Aufbauend auf diesem »Kulturgut« kann der Antisemitismus als weltliche Fassung zu einem Strukturelement der Moderne werden. Dass sich die Linke dagegen mit am resistentesten erwiesen hat, liegt meines Erachtens daran, dass sie, universellen und egalitären Idealen verpflichtet, eine Gesellschaft zu verwirklichen trachtet, in der die Kategorien der »Rasse« und der Religion überwunden sind. Das heißt aber nicht, dass sie die Grenze nie überschritten habe. Bestimmte reduzierte Formen des Antikapitalismus mit der Tendenz der Personalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse können dazu umschlagen, diese Verhältnisse den Personen als eigen anzudichten, also die Verhältnisse als Ausdruck der Personen anzusehen. Das ist ein Grundschema des Antisemitismus, das den Juden das Unrecht eines ganzen gesellschaftlichen Verhältnisses aufbürdet. Eine Argumentation, die, wie oben nachgewiesen, die Attribute »jüdisch« und »kapitalistisch« derart ungebrochen und eng aneinandergruppiert, bewegt sich in dieser Tradition. Spätestens nach der Verschränkung von »Judentum« und »Kapitalismus« bei den Nazis ist der Topos des »kapitalistischen Juden« (und damit auch der des »kapitalistischen Vorstandes der jüdischen Gemeinde«) als Begriff linker Gesellschaftskritik sprichwörtlich verbrannt. Gerade für Linke in der Berliner Republik gibt es kein unbelastetes Gespräch über »Juden und Kapitalismus«, versucht doch diese Gesellschaft über Schlussstrichmentalität das Bewusstsein über die Shoah als Produkt der deutschen Gesellschaft endgültig den GeschichtslehrerInnen zu überantworten. Die Forderung, ungeachtet dieser Vergangenheit zu einer sogenannten »Normalität« überzugehen, ist zunächst Sache der Konservativen als Nazi-Lobby gewesen und mittlerweile über Walser, aber auch Rot/Grün bis ins bürgerlich-liberale Spektrum vorgedrungen. Angesichts der Rolle Bubis« in der Walserdebatte ist eine Schmähung des Verstorbenen unter der Verlautbarung, die Vergangenheit auf sich beruhen lassen und endlich wieder zum Klassenkampf überzugehen zu wollen, besonders bitter. Der argumentative Trick, dass der Antisemitismus-Vorwurf doch eigentlich ein Nazismus-Vorwurf sei, funktioniert schon historisch nicht. Eine Erfahrung aus dem Faschismus ist, dass die Kollaborationsbereitschaft der nicht parteilich organisierten Bevölkerung gerade in puncto Antisemitismus nicht zu unterschätzen war. Schon für den schäbigsten Zugewinn (der große Kapitaltransfer war Sache des großen Kapitals), beteiligte sich die Normalbevölkerung an der Fledderei des jüdischen Eigentums in Form von Kleinarisierungen, Wohnungs- und Hausratsübernahmen. Davongeschleppt wurde höchstens eine Kosakenbeute und das gute Gefühl, dass es jenen, die man sich in der Phantasie so mächtig gemacht hatte, genauso dreckig gehe, wie einem selbst. Selbst die späteren Handlanger der Vernichtung handelten weder aus Parteitreue noch aus materiellen Vorteilen jenseits einer besonderen Schnapszuteilung und einzelner Raubgüter. Grundlage für diese Komplizenschaft stellte eben der Antisemitismus als Teil des Wertekonsens der Bevölkerung dar. Durch die Nazis kam der Antisemitismus dann zu sich selbst, da sie mit der Shoah die Differenz von Vernichtungsrhetorik und der tatsächlichen Vernichtung aufzuheben trachteten. Die Widerspruchslosigkeit der eigenen Bevölkerung angesichts des Vernichtungsprojektes weist darauf hin, dass selbst unterschiedlich ausgeprägte Vorurteile in ihm vereint werden konnten. Die auf den Plena immer wieder angeführte Behauptung, wir würden mit unserem Vorwurf die »Freunde« zu Nazis machen wollen, ist deshalb falsch, weil der dem zugrundeliegende Gedanke, Antisemitismus käme nur bei Nazis vor, falsch ist. Er war und ist im Mehrheitsdenken der deutschen Gesellschaft verankert Eine antikapitalistische Rhetorik ist ihm wesentlich. Eine Einsicht, die das Feld einer linken Selbstreflexion auf diesem Gebiet eröffnen könnte.

Schluss

Obwohl der Antisemitismus der »Freunde« teilweise sehr wenig subtil funktioniert, bin ich der Überzeugung, dass sie subjektiv keine Antisemiten sind. Gerade der von den »Freunden« selbst an einer Stelle eingeführte Latenzbegriff ist hilfreich, zu erläutern, wie der Antisemitismus in ihre Verlautbarungen kommt. In der Sendung und den Texten der »Freunde« werden verschiedene Argumentationslinien angeführt, die teils offen antisemitisch sind (die Kopplung der Begriffe »jüdisch« und »kapitalistisch«), teils sich in einer antisemitischen Tradition befinden, gruppiert man sie um den Begriff des »Jüdischen« (so die Verschwörungsbilder, ihre Intellektuellenfeindlichkeit und die Vorstellung »richtiger Arbeit«). Einzeln bewegen sich diese Argumentationsstränge im Bereich des latenten Antisemitismus. In ihrer Anhäufung verdichten sie sich zu einem manifesten antisemitischen Bild. Dieses Bild aber ist mehr als die Summe der in ihm enthaltenen Teile. So ist es durchaus möglich, dass es sich hinter dem Rücken der Akteure, aber aus ihnen heraus konstituiert.

Die traumwandlerische Zielsicherheit, mit der die schon einzeln für sich prekären Begriffe der Reihe nach bedient werden, weist auf einen Vorgang, den Anders treffend mit der rollenden Kugel auf der Murmelbahn verglichen hat. Ist das erste Ressentiment erstmal genannt, folgen die anderen schon von allein.

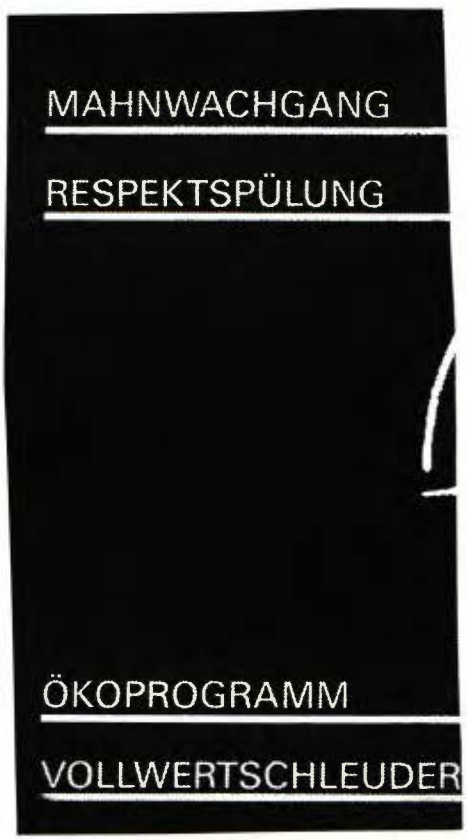
Es geht in dieser Auseinandersetzung um das, was im Radio und den Texten gesagt wurde; was vielleicht damit gemeint war, kann nur Gegenstand der Feststellung sein, dass die Übermittlung der Botschaften völlig verunglückt ist. Das liegt in der Verantwortung der »Freunde der guten Zeit«. In der Verantwortung des Senders liegt es meines Erachtens, die Zusammenarbeit mit den »Freuden der guten Zeit« aufgrund unüberbrückbarer Differenzen in Fragen des linken Selbstverständnisses und der Streitkultur zu beenden.

Volker Weiß, Gruppe aus gegebenem Anlass

Freunde der Guten Zeit und der Vorwurf des Antisemitismus

Die persönliche Anrede, die an einigen Stellen des Textes vorkommt, richtet sich an den Verfasser »Sebastian« des auch in der Chronologie aufgeführten Kritikpapiers. Die Red.

Es reicht. Der Versuch, durch Verleumdungen und Verdrehungen die Meinungsführung hier im Sender zu erreichen, hat letzten Mittwoch ja wohl einen neuen Höhepunkt erreicht. Mit solchen Hetzern und Demagogen wie (...) und seinen Freunden werden wir uns nicht mehr auseinandersetzen. Da geht es nicht um Antisemitismus, die moralische Keule wird nur rausgeholt, um Leute, die eine andere politische Überzeugung haben, mundtot zu machen. Nach anderthalb Jahren regelmäßiger Sendungen (auch über Antisemitismus) werden einzelne Sätze umgedreht und »entdeckt«, dass wir verbohrte Nazis seien.
Die, die sonst die Paragraphenreiter spielen, okkupieren einfach ohne jeglichen Beschluss und Diskussion einen Sendeplatz und wollen uns in den Dreck ziehen. Auf einmal spielt es keine Rolle, wer was beschließen darf oder nicht, man marschiert einfach mit sechs, sieben Leuten ins Studio und setzt seine Macht durch. Und das nicht zum ersten Mal. (...)
Unsere Hauptkritik bezog sich (...) auf die Linke (in zu pauschalisierter Form allerdings, obwohl sie bei euch zufällig ins Schwarze getroffen hat), die eine Kritik an Bubis damit ablehnt, dass, wer Bubis kritisiert, sich des Antisemitismus verdächtig macht. Natürlich benutzen auch Nazis gerne die persönlichen Widersprüche Bubis, um ihren Antisemitismus zu rechtfertigen, das kann aber ja nicht bedeuten, dass damit die Benennung dieser Widersprüche antisemitisch ist. Die Linke lehnt die Kritik ab, weil sie kein Bewusstsein mehr von den realen Kämpfen in einer kapitalistischen Gesellschaft hat. Für dich als Vertreter dieser angesprochenen Linken gibt es nur noch einen Kampf in und um die Köpfe, also der Widerstreit zwischen fortschrittlichen und reaktionären Ideologien. Für euch kommt es darauf an, sich moralisch auf die richtige Seite zu stellen Dass das bevorzugt über Ausgrenzung und Hetze gegenüber Andersdenkenden funktioniert. zeigt ihr ja in aller Ausführlichkeit.
(...)
Eine eurer Lieblingsrhetoriken besteht darin, irgendwelche polemischen oder auch unglücklich ausgedruckten Sätze auf angebliche oder tatsächliche Muster zu untersuchen und sie dann in einen möglichst schlimmen Zusammenhang zu stellen. Das kann wahlweise der Holocaust oder der Gulag sein. Da seid ihr nicht sehr wählerisch. Aber richtig schlimm muss es sein. In diesem Fall habt ihr zufällig einmal ins Schwarze getroffen. Die Wortwahl war eindeutig daneben. Aber geschieht ein unsensibles Umgehen mit Sprache automatisch bewusst? Ansonsten hättest du sagen können, dass wir uns hier ganz gewaltig im Ton vergriffen hätten, aber du zielst ja darauf ab, dass wir nichts unüberlegt machen, sondern ganz bewusst solche Schweine sind.
Im nächsten Absatz stellst du die Frage, warum der Vorstand der jüdischen Gemeinde »kapitalistisch« sein soll. Das ist rein wörtlich natürlich Quatsch, ausdrükken sollte es aber, dass im Vorstand der jüdischen Gemeinde in Frankfurt, wie in der Regel bei allen Glaubensgemeinden die reichsten und »angesehensten« Leute drin sitzen. Die Putzfrau sitzt in der Regel nicht im Vorsand (auch nicht bei FSK, obwohl das da ja schon mal der Fall war...). Diese Formulierung ist allerdings keine »Argumentation«, die einen bestimmten »Tenor« hat. Oder wolltest du nur mal wieder in Erinnerung rufen, dass wir Antisemiten sind, für die Leute, die das nach der Lektüre einer halben Seite deines Geschreibsels schon wieder vergessen haben?
(...)



Der »Ausflug« zu den Palästinensern war in der Tat überflüssig. Das ist die einzige Stelle in deinem Text, wo ich dir Recht gebe. Überflüssig, und nicht antisemitisch. Du drehst daraus jedoch wieder' dass wir das doch bewusst eingeflochten haben, als »Verstärkung antiisraelischer und antisemitischer Ressentiments«. Na ja, wer sowieso davon überzeugt ist, dass wir schlechte Menschen sind und uns weder die letzten anderthalb Jahre zugehört hat noch die restlichen zwei Stunden der betreffenden Sendung gehört hat, der will das natürlich so wahrnehmen.
(...)
Zum Kaufmann in Frankfurt. Dazu gibt es eine Geschichte, die wir in unserem Antwortschreiben auch erwähnt haben. Da das alles für euch antisemitische Verschwörungstheorien sind, da gibt es noch einen Dokumentationsband aus der Zeit, vom Häuserrat Frankfurt, »Wohnungskampf in Frankfurt«. Allerdings ist das im Trikontverlag in der Reihe »Schriften zum Klassenkampf« erschienen, dürfte also von erstzunehmenden Leuten, die auf der Höhe der Zeit sind, nicht gelesen werden. Also was für dumme Leute, trotzdem aber interessant, da eine Menge Flugblätter usw. abgedruckt sind.
(...)
Als zweites weisen wir darauf hin: dass wir mitnichten irgend jemand oder irgendwas abfeiern. Wir denken lediglich, dass in den Konflikten in der Produktion, dort, wo sich die Gesellschaft herstellt, auch Ansatzpunkte auftauchen können, nicht müssen, die die gesellschaftlichen Machtverhältnisse anfangen aufzubrechen. Das, was uns immer wieder vorgeworfen wird, dass wir die gesellschaftlichen Rollen verherrlichen und verewigen wollen (obwohl in jedem Transmitter und in jeder Sendung steht, dass es uns darum geht, diese Rollen aufzubrechen. Aber zuhören ist ja eh überflüssig), das wird mit Vorliebe von den KritikerInnen praktiziert. Statt mit der Kategorie »Arbeiter« werden die Menschen als »Schwarze«, »Juden«, »Frauen und Lesben« usw. kategorisiert. Was allein daran fortschrittlich sein soll, wenn Jamaikaner sich mit Haile Selassi identifizieren oder Frauen erfolgreiche Unternehmerinnen werden, das bleibt schleierhaft. Darf aber auch nicht kritisiert werden, weil die Menschen ja Opfer sein sollen, um die sich dann der deutsche paternalistische Herrenmensch kümmern darf.
(...)
Die Radiosendung arbeitet mit immer wieder denselben rhetorischen Tricks. Schon mal der Stil; Zig Leute fallen ins Studio ein - die Dringlichkeit des Problems ist damit schon mal deutlich geworden. Mit sonorer Nachrichtensprecherstimme wird vorgetragen. Man will ja sachlich sein. Falls die Hörer nach fünf Minuten immer noch nicht glauben wollen, was ihnen da präsentiert wird, werden sie belehrt, dass die Macher sich auf diesen Fall schon vorbereitet haben - es wird ihnen versprochen. weiteres »Beweismaterial« nachzuliefern. Zunächst wird festgestellt, dass der Beitrag wirr ist und keinen Sinn ergibt. Damit hat man das Problem vom Hals, sich mit dem, was wir sagen wollten, inhaltlich auseinanderzusetzen.
(...)
Allmählich steigert sich das Halali, bis es schließlich in der Feststellung gipfelt, dass unser Antisemitismus (erwiesen ist er ja bereits, es geht nur noch um die Frage der Bewertung!) nicht etwa Beiwerk unseres »plumpen Antikapitalismus«, sei, nein, sondern umgekehrt, der »plumpe Antikapitalismus« Beiwerk unseres Antisemitismus.

2. Presseerklärung des MehringHofs vom Montag, 20.12.99

Mehringhof durchsucht!
Freiheit für Sabine, Axel und Harald

2 Mitarbeiter des MehringHofs verhaftet

Am Sonntag, den 19. Dezember 1999 wurden zwei Mitarbeiter des MehringHofs in ihren Wohnungen verhaftet. Zeitgleich begann die Polizei eine Durchsuchung auf dem gesamten MehringHof-Gelände, von morgens 6.00 bis abends 18:00 Uhr.

Nun sind sie wieder abgezogen - die Vermummten der GSG 9, die Anzugmänner des BAW und die kriegsmäßig ausstaffierten diversen Polizei- und BGS-Einheiten.

Mit leeren Händen zogen sie davon. Kein Sprengstoff, keine Waffe aus einem MehringHof-Versteck kleben daran.

Was bleibt? Unzählige kaputte Schlösser und Türen, Wände und Wandverkleidungen, wir sind noch am Auflisten in den über 30 Projekten auf den fast 5000qm. In einigen Projekten wurde regelrecht gewütet, so z.B. in der Werkstatt des Puppentheaters und in den Übungsräumen einer Musikgruppe. Wieso auch Computer angworfen wurden und wo nach in ihnen nach Sprengstoff gefahndet wurde, bleibt uns verborgen.

Die Blumenrabatten wurden mit Eisenstangen durchgegraben, Gullis und andere Abdeckungen wurdengelüftet.

Obwohl die Geschäftsführung oder Mieter des Hauses erreichbar gewesen wären, wurde niemand vorher informiert, z. B. um Türen aufzuschließen. Unsere Hausschließanlage ist wohl unbrauchbar.

Die Dimension dieses Einsatzes, -der größte in der 20jährigen Geschichte des MehringHofs- bezeichnen wir als vollkommen überzogen: so war fast der gesamte Block um den MehringHof abgeriegelt und bewacht, die Mieter der umliegenden Wohnhäuser kamen nur mit Polizeieskorte, Vorzeigen des Ausweises in ihre Wohnungn. Bürgersteige, selbst Straßen waren nicht passierbar.

Ein martialisch anmutendes Grünen-Aufgebot verhinderte den Zutritt in den MehringHof selbst, auch für MehringHof-Mieter und Projektmitglieder. Als Begründung mußte herhalten, daß die Mieter die Maßnahme der Polizei verzögern würden - klar, wenn einer der beiden Oberstaatsanwälte aus Karlsruhe jeden einzelnen Zutritt absegnen mußte!

Und auch die MehringHof-Geschäftsführung und einzelne Mieter, u.a. die Rechtsanwälte konnten sich innerhalb des Hauses nur mit Polizeibegleitung von einem Stock in den anderen bewegen, konnten viele Räume nicht betreten, was auch bedeutete, daß etliche Mieter ihr Recht auf Anwesenheit bei der Durchsuchung ihrer Räume nicht wahrnehmen konnten.

Während wir quasi Gefangene im eigenen Haus waren, nahmen hunderte Beamte unsere Räume in beschlag. Zunächst durchsuchungstechnisch, später dann zum Warten und Verweilen und Reflektieren ihrer eigenen Feindbilder. Polizeipräsident Saberschinski unterhielt sich angeregt mit den hessischen Kripo-Beamten im Kabarett-Theater.

Gefunden wurde nichts - und dabei scheint die Sprache im Durchsuchungsbeschluß deutlich von Fakten bestimmt zu sein: hier müssen ettliche Kilo Sprengstoff liegen. Keine Vermutung, keine Annahme. Tatbestände waren schon geschaffen. Unschuldsvermutung gibt's bei Linken nicht.

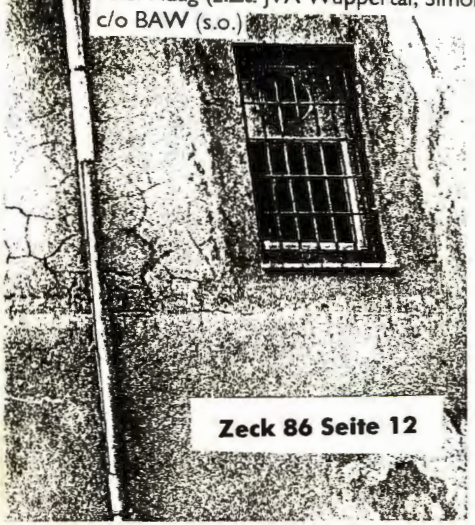
Das ist wohl so, wen die "Neue Mitte" sich formiert, wenn die BAW ihre Arbeitsplätze erhalten will, aber so wenig aus der Richtung vorzuweisen hat, in die sie sich einschoß: von links.

Rein "zufällig" wurde auch eine Gruppe von im MehringHof Feiernden für Stunden festgenommen - und noch nicht sind alle wieder auf freiem Fuß, eventuell befinden sich eine oder mehrere Personen in Abschiebehaft. Ebenso "zufällig" wurden zum Ende der Durchsuchungsaktion mehrere junge Leute festgenommen, die gegen die Durchsuchungen protestierten.

Wir fordern: Freiheit für unsere Kollegen und die in Frankfurt verhaftete Frau!

Spenden für die aufzubauende solidarische Öffentlichkeitsarbeit und für die Kosten des möglicherweise anstehenden Prozesses werden auf dem nachstehenden Konto gern entgegengenommen:
Martin Poell
Postbank Berlin
BLZ: 10010010
Kto: 2705-104
Stichwort: Freilassung

Post für Harald und/oder Axel muß über die Bundesanwaltschaft (BAW) gehen:
Harald Glöode (z.Zt. JVA Düsseldorf, Ulmenstr. 95, 40476 Düsseldorf, Buchnr.: 3605/99-0)
c/o BAW, Brauerstr. 30, 76137 Karlsruhe
Axel Haug (z.Zt. JVA Wuppertal, Simonshöfchen 26, 42327 Wuppertal)
c/o BAW (s.o.)



Die »Flüchtlingskampagne« der RZ

Einige einleitenden Bemerkungen

Im Mai 1993 erreichte die deutsche Politik der Ausgrenzung von Flüchtlingen und MigrantInnen mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts einen vorläufigen Höhepunkt. Dieser Grundgesetzänderung voraus gegangen war im vorangegangenen Jarhzehnt eine Politik stetiger Verschlechterung, rassistischer Schikanen und publizistischer Stimmungsmache gegen Menschen ohne deutschen Pass.

Gegen diese Politik hatte die RZ 1985 eine »Kampagne gegen Rassismus und Sexismus« begonnen. Dabei richteten sich ihre Aktionen zunächst gegen Firmen, die das südafrikanische Apartheitsregime unterstützen und ab Ende 1986 gegen Institutionen und Einzelpersonen, die die staatliche Flüchtlingspolitik in besonders exponierter Weise repräsentierten. Ab Ende 1989 konzentrierten sie sich auf die Unterstützung der von Abschiebung bedrohten Roma und Sinti.

Zwischen 1986 und 1991 erklären die RZ sich für 16 Aktionen und Anschläge verantwortlich. Im Einzelnen handelte es sich um eine Aktion gegen die Ausländerpolizei Hamburg (August 86), gegen das Oberverwaltungsgericht Lüneburg (September 86), gegen das Deutsche Rote Kreuz, Berlin (September 86), Einen Anschlag gegen das Ausländerzentralregister, Köln (September 86) und auf die Deutsche Lufthansa, Köln (Oktober 86), Schüsse in die Knie des Leiters der Ausländerpolizei Hollenberg, Berlin (Oktober 86), eine Aktion gegen die Sozialhilfestelle für Asylbewerber, Berlin (Februar 87), Knieschüsse auf den Vorsitzenden Richter des Bundesverwaltungsgerichts Korbmacher, Berlin (September 87), eine Aktion gegen das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Dortmund (September 87), Anschläge gegen das Verwaltungsgericht Düsseldorf und das Oberverwaltungsgericht Münster (1989) und das Ausländeramt Böblingen (August 91), Aktionen gegen die A+B-Stelle für Roma + Sinti, Köln (November 89), gegen die »Zigeunerdatei« der Kölner A+B-Stelle (November 89), gegen die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hamburg (November 89) sowie einen fehlgeschlagenen Anschlag gegen das Amt für öffentliche Ordnung, Köln (Mai 90) und Aktion gegen die Staatskanzlei und das Ministerium für Arbeit und Soziales, Düsseldorf (Januar 91)

Eine Reihe dieser Aktionen werden jetzt den in Berlin und Frankfurt/M. am 19. Dezember 1999 verhafteten, Harald, Axel und Sabine zur Last gelegt. Konkret wird ihnen vorgeworfen, an den Schüssen auf Hollenberger und Korbmacher und am Anschlag gegen die Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin beteiligt gewesen zu sein. Allerdings sind die Anschläge inzwischen alle verjährt. Von der Bundesanwaltschaft werden sie nur angeführt, um die »Gefährlichkeit« der RZ zu belegen.

Die »Flüchtlingskampagne« fand damals ein geteiltes Echo. Einerseits stießen die Aktionen weit über die linke Szene hinaus auf Verständnis und Zustimmung. Die skandalösen Urteile des Richters am Bundesverwaltungsgericht Korbmachers wurden auch in der liberalen Presse immer wieder kritisiert, so etwa das denkwürdige Folter-Urteil von 1983, in dem festgelegt wird, daß Folter nur dann als Asylgrund anerkannt wird, wenn der folternde Staat sie aus explizit politischen Motiven begeht.

Andererseits blieb eine mehr oder weniger klammheimliche Freude praktisch die einzige Resonanz der Anschläge und Aktionen. Der Versuch, mit militanten Aktionen mobilisierend für die Flüchtlingsarbeit zu wirken, ging nicht auf. 1992 resümiert eine Gruppe der RZ die Flüchtlingskampage dann auch selbstkritisch:

»In den 80er Jahren haben wir in der Region eine militante Politik zu vertreten und zu entfalten versucht, die immer auf dem Prinzip der Verankerung und Vermassung aufgebaut war – Verankerung in einem aktiven linksradikalen Umfeld und womöglich in sozialen Konflikten, die über diese linksradikale Szene hinausgingen. (...)

Spätestens am Ende der Flüchtlingskampagne, nach dem 18.12.1987 *[die Verhaftung von Ingrid Strobl und Ulla Penselin]*, und bei der Wiederaufnahme unserer Angriffe zur Unterstützung der Roma ab 1989, wurden wir uns unserer Isolierung bewußt. Die fehlende Verankerung in unserem politischen Umfeld ließ sich nicht länger mit vereinzelten Zustimmungsritualen aus der Szene kaschieren. (...) Wir sind uns heute sicher, daß nicht die Repressionswelle des 18.12. unserer Politik das Genick gebrochen hat, sondern daß das BKA zu einem Zeitpunkt eingegriffen hat, in dem die Vermittlung unserer illegalen Aktionen jedenfalls im Bereich der Flüchtlingspolitik in eine breitere linke bis linksradikale Öffentlichkeit zunehmend zum Problem wurde.

So blieb u.a. unsere auf krimineller Beschaffung beruhende Publikation der »Zigeunerakten« *[Die Akten wurden in einer 230seitigen Dokumentation im Dezember 1989 veröffentlicht. Eine Auswahl der Dokumente erschien ebenfalls im Dezember 1989 als Sondernummer der Interim.]* der Kölner Anlauf- und Beratungsstelle nahezu ohne Resonanz, obwohl sie genau zu dem Zeitpunkt erfolgte, an dem der Konflikt zwischen den Roma bzw. ihren UnterstützerInnen und der Rau-Heinemann-Schnoor-Administration eskalierte.

Es war das eingetreten, was wir unbedingt vermeiden wollten: Wir waren allein, ohne Austauschmöglichkeiten, so daß sich die Motivation für die bewaffnete Intervention nur noch aus dem reinsten Subjektivismus zu speisen begann. Ein Zustand, den wir als Tod von Politik begreifen und als Einfallstor für Beliebigkeit und Terrorismus.« (aus: Das Ende unserer Politik, Januar 1992)

Trotz dieses negativen Resümees bleibt die »Flüchtlingskampagne« der RZ auch aus der Perspektive antirassistischer Politik im 21. Jahrhundert von Bedeutung. Die Texte der RZ dokumentieren beispielhaft den Versuch, militante Politik unbedingt eng an eine politische Bewegung anzubinden und die Militanz auch vor dem Hintergrund dieser Bewegung zu reflektieren. Das Eingeständnis, die erhofften Ziele mit der Kampagne nicht erreicht zu habe, steht für eine Politik die dem Politischen immer den Vorrang gegenüber dem militanten Mittel gab und damit den Irrweg einer militärisch Logik ebenso vermied wie die Symbolik eines militanten »Posing«.

Im Folgenden dokumentieren wir zwei Texte der RZ, in denen sie die Ziele der »Flüchtlingskampagne« beschreiben. Vielleicht können sie ein Beitrag dazu sein, die kriminalisierte Politik nicht in Vergessenheit geraten zu lassen – mit ihren Stärken und ihren, aus der heutigen Perspektive unübersehbaren, Schwächen.

Zorn-Extra – 9

Zeitung der Revolutionären Zellen, Oktober 1986

In den vergangenen Wochen haben wir eine Reihe von Aktionen gegen Institutionen der Abschreckung und Kontrolle von Flüchtlingen gemacht, die wir hier zusammenhängend dokumentieren.

Um es nochmals zu betonen: wir begreifen diese Aktionen nicht als Reaktion auf den rassistischen Propagandafeldzug, den das Regime gegen die Flüchtlinge inszeniert und in dessen beabsichtigter Folge das Arsenal der Abschreckungsmaßnahmen um das bedrohliche Moment des Pogroms erweitert wurde.

Wir teilen aber auch nicht jenes humanitäre, naiv-rechtsstaatliche Selbstverständnis, aus dem heraus vor allem kirchliche, gewerkschaftliche und politisch etablierte Gruppen die Verteidigung des Asylrechts beschwören. Der Staat, von dem die Gewalt gegen die Flüchtlinge ausgeht, taugt nicht als Adressat für Appelle und Resolutionen. Darüberhinaus beinhaltet die Beharrlichkeit, mit der der Status des politischen Asyls hochgehalten wird, die Verlängerung jener Differenzierung und Selektion von Flüchtlingen, die der Sonderbehandlung zugrundeliegt und diese erst begründet. Aus welchen Gründen auch immer Menschen in die BRD kommen – sie können bleiben, weil sie hier sind.

Wir wollen zur Rückgewinnung eines konkreten Antiimperialismus in der BRD beitragen – in diesem Zusammenhang steht unsere Orientierung an der Flüchtlingsfrage. Denn Antiimperialismus bedeutet nicht allein Angriff auf militärisch-industrielle Apparate und ist mehr als Solidarität mit fernen Befreiungsbewegungen. Unsere Aufgabe ist es, eine antiimperialistische Politik auf die Klassenfront hier und auf die Rückwirkungen in diesem Land zu beziehen. Dabei ist die Flüchtlingsfrage in doppelter Hinsicht ein entscheidender Angelpunkt:

1. Die Migrationsbewegungen, von denen die hier ankommenden Flüchtlinge ja nur die Rauchschwaden eines Vulkanes sind, sind Ausdruck und Folge der Zerstörungen, mit denen der Imperialismus die Herkunftsländer überzieht; ihre Anzahl wächst als Kehrseite des tatsächlich erreichten Grades an kapitalistischer Durchdringung. Aber die zwangsweise Vertreibung geht einher mit dem Willen und der Entschlossenheit der Flüchtlinge, aus den Verhältnissen auszubrechen und hier, in den Metropolen, ihren Anspruch auf Leben und Entschädigung zu stellen. Es geht darum, die Mobilität des Proletariats zurückzuerobern gegenüber einem Kapital, das sich über nationale Grenzen schon längst hinweggesetzt hat. Wenn die metropolitanen Regimes darauf zielen, ihre innere Stabilität durch Abschottung der Grenzen zu behaupten, so können wir dem nur den Kampf um offene Grenzen entgegensetzen.

2. Der BRD-Sozialstaat zeigt in der Behandlung der Flüchtlinge sein eigentliches Gesicht und genau an diesem Punkt müssen wir ihn angreifen. Der Katalog von Sondermaßnahmen ist keine Entgleisung, die es zu korrigieren und auf sozialpolitisches Normalmaß zurückzubringen gilt. Da es gegenüber Flüchtlingen keinerlei Rücksichtnahme auf einen gesellschaftlichen Status quo gibt, reduziert sich Sozialpolitik vielmehr auf das, was sie ihrem Wesen nach ist: ein Herrschaftskalkül, dem es allein um Arbeitsmarktregulation und soziale Kontrolle zu tun ist. Die rassistische Verklausulierung sichert dem Regime Unterstützung sogar bei denen, die selbst potentiell Angriffsziel dieser Politik sind. Ob und wie Maßnahmen wie Lager, Lebensmittelgutscheine oder Sondergerichtsbarkeit als Modell für spätere Schritte gegen arbeitslose Jugendliche oder ausgesteuerte Proleten dienen oder ob sie nur als Drohung stehen bleiben, hängt von der weiteren Entwicklung der sozialen Konfrontation ab. Aber wir müssen nicht erst auf bedrohlichere Zeiten verweisen, um Angriffe auf die repressivsten und extremsten Ausprägungen des Sozialstaates zu begründen – die sozialrassistische Praxis gegen die Flüchtlinge ist dafür Grund genug. Noch wissen wir nicht, ob sich an der Flüchtlingsfrage antiimperialistische Politik mit Konfrontationslinien im entgarantierten Sektor verbinden wird, aber der Kampf um das faktische Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge ist auch dann richtig, wenn er vorerst von den weißen Schichten des Proletariats weitgehend isoliert bleibt.

Natürlich geht es um offene Grenzen und um freie Flüchtlingsstädte. Allerdings sind diese nicht vom Staat zu fordern – sie sind nur vorstellbar und nur durchzusetzen, indem wir den Flüchtlingen einen Raum verschaffen, der nicht mehr staatlich kontrolliert und reglementiert wird. Der Bei-

trag, den wir – oder Gruppen wie wir – zu einem solchen Projekt leisten können, besteht im Angriff auf die polizeiliche und sozialbehördliche Kontrolle, der aus öffentlichen Kampagnen allein nicht getragen werden kann. Aber dieser Angriff ist erst sinnvoll, wenn daneben Netze für die konkrete Unterstützung der Flüchtlinge aufgebaut werden, wenn eine subversive Praxis die Verhältnisse faktisch verändert.

In Hamburg wollten wir die Ausländerabteilung der Bullen lahmlegen, die Razzien und Ermittlungen gegen Illegale durchführt und die Abschiebungen vorbereitet – deswegen sind wir dort eingebrochen und haben Feuer gelegt. Es ging uns darum, möglichst viele Akten zu vernichten, die Bullen eine Zeitlang mit Aufräumungsarbeiten statt Menschenjagd zu beschäftigen und so den Flüchtlingen wenigstens eine Weile Luft zu verschaffen. Die Beharrlichkeit, mit der betont wurde, alle Akten seien doppelt vorhanden, betrachten wir eher als Indiz fürs Gegenteil.

In Köln haben wir das Rechenzentrum des Ausländerzentralregisters angegriffen, in dem Daten sämtlicher in der BRD erfaßter Ausländer bearbeitet werden. Weil an den Computern selbst rund um die Uhr gearbeitet wird und wir kein Menschenleben gefährden wollten, haben wir im Luftschacht der Klimaanlage einen Sprengsatz angebracht, der die Klimaanlage, die Stromversorgung des Rechenzentrums und auch das Notstromaggregat zerstört hat. Da Großrechner auf Spannungs- und Temperaturschwankungen empfindlich reagieren und da Chips und Schreib/Leseköpfe gegen metallische Stäube allergisch sind, ist davon auszugehen, daß einiges an Hardware und jede Menge Informationen zu Bruch gegangen sind. Und auch Wochen nach dem Anschlag auf das AZR geht dort nichts mehr. Wo früher rund um die Uhr emsig Daten gesammelt, geknüpft und gespeichert wurden, ist es heute stockfinster: eine tote Festung. Die vom BKA lancierte und von den Medien verbreitete Behauptung, das Rechenzentrum sei ausschließlich in seiner baulichen Substanz betroffen, erweist sich als propagandistische Zwecklüge.

In Lüneburg galt unser Anschlag einer Institution der Justiz, die sich dabei hervorgetan hat, die administrativen Maßnahmen der Flüchtlingsschikanierung durch ihre Urteile ideologisch zu untermauern. Der Zerstörung der Verhandlungssäle, die leider nicht geklappt hat, hätte der Brandmarkung eines Gerichts gedient, das sich nicht scheut, Menschen gnadenlos der Folter auszuliefern.

In Berlin gehört dem DRK endlich das Handwerk gelegt, das dem Senat das schmutzige Geschäft der Lagerhaltung von Flüchtlingen abnimmt und hinter dessen Renomee als internationale Hilfsorganisation sich eindeutige Parteinahme für die imperialistische Flüchtlingspolitik verbirgt – nicht nur in Berlin. Dieser Rolle wäre es angemessen gewesen, die Berliner Zentrale zu zerstören. Wir haben darauf verzichtet, weil wir auch dort Menschen getroffen hätten, die wir nicht treffen wollten. Statt dessen haben wir uns die Autos zweier leitender DRK-Funktionäre vorgenommen.

In Hagen und Hamm richteten sich unsere Anschläge gegen die Ausländerbehörden dieser Städte. Sie sind Orte alltäglicher Schikanen, denen wir gezielte Aktionen und alltäglichen Widerstand entgegensetzen müssen.

Erkämpft das freie Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge und Immigranten!

Mit unseren Aktionen gegen die Hamburger Ausländerpolizei, das Oberverwaltungsgericht Lüneburg, das Ausländerzentralregister in Köln und das DRK in Berlin haben wir den Kampf gegen die verantwortlichen Instanzen der imperialistischen Flüchtlingspolitik in der BRD begonnen. Unsere Aktionen werden aber wirkungslos verpuffen, wenn sie nicht zur Entwicklung eines neuen Ansatzes von Antimperialismus der radikalen Linken beitragen.

Was heißt das?

Die Flüchtlingsfrage ist keine humanitäre oder juristische Frage und beschränkt sich nicht auf die Frage des »politischen Asyls«. Sie ist Teil eines globalen Klassenkampfes und Ausdruck eines vom imperialistischen Weltsystem gesetzten Widerspruchs, der ein Proletariat neuen Typs hervorbringt; die mobilisierten, vertriebenen, entwurzelten Massen der 3. Welt.

So wie die Flüchtlingsbewegungen die Grenzen zwischen dritter und erster Welt überschreiten, muß heute der antiimperialistische Kampf auf die Metropole zurückbezogen werden. Es ist das gleiche imperialistische System, das die Menschen dort vertreibt, sie hier in Lager sperrt und ihnen als Sozialpolitik gegenübertritt. Antiimperialismus wird konkret, wo er Bezug auf die gesellschaftspolitischen Konflikte nimmt, die sich vor unseren Augen abspielen und wo er sich ins Verhältnis setzen läßt zu einem möglichen Klassensubjekt.

Antiimperialistische Politik in der BRD hat sich bisher an den beiden Polen der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der 3. Welt und der Bekämpfung der imperialistischen Kriegsmaschinerien orientiert.

Wir haben nicht die Illusion, daß die Immigranten und Flüchtlinge in der BRD mit Teilen der westdeutschen Unterklassen rasch gemeinsame Interessen entwickeln können. Trotzdem muß antiimperialistische Politik genau da angesiedelt sein, wo sich rassistisch vermittelte Klassenspaltungen tendenziell aufbrechen lassen.

Es geht also nicht um humanitäre Gesten gegenüber Flüchtlingen, es geht nicht um die Verantwortlichkeit des Sozialstaates und auch nicht um die Verteidigung des Asylrechts.

Die ersten Aufgaben antiimperialistischer Politik liegen vielmehr darin, die staatliche Regulation der Flüchtlingsbewegungen, die Abgrenzungen der BRD vor der Armut der 3. Welt, zu unterlaufen und die polizeilichen und sozialpolitischen Restriktionen gegenüber Flüchtlingen zurückzudrängen.

Unser Ziel muß es sein, ein faktisches Aufenthaltsrecht für alle Immigranten und Flüchtlinge in der BRD durchzusetzen. Der Weg dorthin führt nicht über Forderungen an den Staat, sondern bestimmt sich nach dem Ausmaß unserer eigenen Widerstandsaktionen.

Unser Vorschlag richtet sich an die autonome und sozialrevolutionäre Linke in der BRD, die Flüchtlingsfrage aus einer antiimperialistischen Perspektive heraus aufzugreifen und zum Prüfstein des politischen Handelns auf verschiedenen Ebenen zu machen:

– Kampagnen gegen die Einschränkung der Aufenthaltsbedingungen und Lebensverhältnisse der Flüchtlinge (Fahrkarten drucken, Warengutscheine umtauschen oder herstellen, Lebensmittelgeschäfte plündern, Krankenversorgung sicherstellen)
– Netze zur Verteidigung von Flüchtlingen gegen rassistische Übergriffe aufbauen (Telefonketten)
– Aktionen gegen Zwangsprostitution und Frauenhandel
– Kampagnen gegen Zwangsarbeit und Niedriglohn
– Unterstützung illegaler Strukturen von Flüchtlingen (Unterbringung, Papiere)
– Aktionen gegen Razzien der Ausländerbullen (z.B. in öffentlichen Verkehrsmitteln) und gegen zwangsweise Umverteilung innerhalb der BRD
– Aktionen gegen Abschiebung von Flüchtlingen (z.B. auf Flughäfen).

Wir haben heute die Ausländerbehörden in Hagen und Hamm angegriffen.

Ausländerbehörden sind die Eckpfeiler der Flüchtlingspolitik, zuständig für Art und Umfang der Aufenthaltsgenehmigung wie für sog. »aufenthaltsbeendende Maßnahmen«, Razzien und Abschiebungen. Sie sind die alltäglichen Schauplätze einer Abschreckungsstrategie. Daß die Asylpraxis in Nordrhein-Westfalen relativ weniger restriktiv gehandhabt wird, als in anderen Bundesländern, bewegt sich im Rahmen eines abgestuften sozialpolitischen Experiments und einer datenmäßigen koordinierten Arbeitsteilung, in der die Lagerhaltung und Abschiebung anderen Ländern überlassen bleibt und die Grenzen dicht gemacht werden.

RZ Erklärung

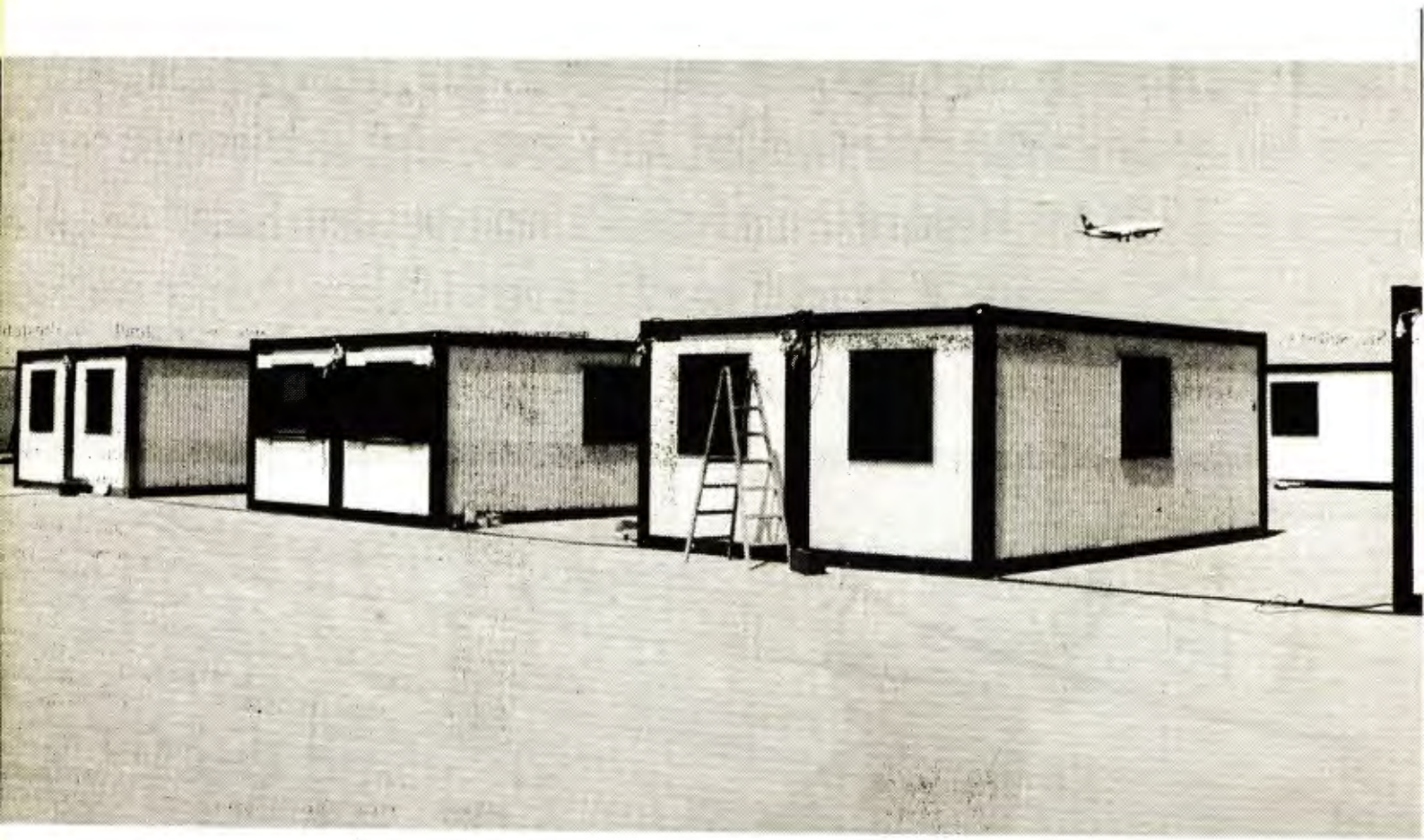
Knieschüsse auf den Vorsitzenden Richter des Bundesverwaltungsgerichts Korbmacher

(Berlin September 87)

»Das Unrecht ist nicht anonym, es hat einen Namen und eine Adresse«, sagt Brecht. Eine erste Adresse bei der Vollstreckung moderner Flüchtlingspolitik ist Dr. Günter Korbmacher, Vorsitzender Richter des Asylsenats am Bundesverwaltungsgericht. Dieser 9. Senat ist kein herkömmlicher Senat, sondern ein 1980/81 gegen die trikontinentale Flüchtlingsbewegung einberufener Sondersenat, der den Auftrag hat, sie auf seinem Terrain und mit seinen Mitteln zu brechen. Der oberste Asylsenat mit seiner politisch handverlesenen Richterbesetzung ist als juristischer Begleitschutz konzipiert worden für den ab 1982 forcierten, legislativen und administrativen Gegenangriff auf die Zwangsmobilisierten und Armgemachten des Trikonts, die in wachsender Anzahl den Abwehrkordon der Metropolen überwandern. Erste wesentliche Durchbrüche in diesem Klassenkrieg waren bereits in unmittelbarer Folge zu verzeichnen. Die Zahl der Asylverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht wurde durch eine Flut einschneidender Sondererlasse von 12.000 im Jahr auf 800 heruntergedrückt und damit ein zuvor durch jahrelange Verfahrensdauer garantierter Überlebensraum für Immigranten vernichtet – in der Begrifflichkeit moderner Sozialtechnik ein »Abschmelzen der Altlasten«.

Die »Neulasten« werden durch industrialisierte Schnellgerichtsverfahren gepreßt, die einen frappierenden Massenausstoß an Urteilsproduktion garantieren. Aufgrund ihrer Massierung sind die Asylverfahren zum bevorzugten Terrain einer fabrikorientierten Durchorganisation und Systematisierung der dritten Gewalt avanciert, die mit seriellen, computerisierten, beliebig verknüpfbaren Urteilssegmentierungen arbeitet. Vergleichbar der seriellen Normierung im Sozialrecht wurde in den letzten Jahren alles lebendige Fleisch aus dem Asylrecht herausgeschnitten und die blanke Maschine installiert, die katalogisiert, zählt und auspunktet. Damit wird jeder herkömmliche Transmissionsriemen zwischen den Projekten der Macht und der dritten Gewalt überflüssig, da die Exekutive jetzt die Justizmaschine im direkten Verfahren selbst programmiert. Zum einen hat das eine immense Steigerung der Effizienz zur Folge. Die Produktionsziffern der Entscheidungen des obersten Asylsenats sprengen zur Zeit jeden Rahmen, ja die Erledigungsquoten der Richter Korbmacher, Eckstein, Säcker, Kemper und Bender sind so enorm, daß sie seit Jahren schamhaft aus den Geschäftslageberichten des Bundesverwaltungsgerichts eliminiert werden müssen, »um die allgemeine Leistungsbilanz nicht unzulässig zu beschönigen«.

Zum strategischen Ort in dieser Variante des Klassenkrieges hat sich das Grundrecht auf Asyl kristallisiert. Da es so gut wie keinem Menschen zugestanden wird – Frauen werden von diesem patriarchalischen Definitionsapparat von vornherein ausgeschlossen – wird viel über seine Aushöhlung geklagt. Doch diese Klage geht völlig in die Irre. Selbstverständlich wußten die Legislatoren des NS-Nachfolgestaates, warum sie die generelle Bestimmung »Flüchtlinge« nicht wollten und statt dessen dem einschränkenden, interpretierbaren Terminus »politisch Verfolgte« den Vorzug



gaben und warum sie sich hartnäckig KPD-Forderungen widersetzten, die eine grundgesetzliche Festschreibung existenzieller Rechte, wie Arbeitserlaubnis und Bewegungsfreiheit für die Immigranten bedeutet hätten. Das Asylrecht ist seinem Wesen nach eben nicht als einklagbares Individualrecht konzipiert worden – vielmehr ist es von vornherein allen opportunen staatlichen Auslegungen und imperialistischen Dispositionen geöffnet worden und daher in seinem Kern ein Staatsschutzrecht. Folglich geht es heute nicht um seine Aushöhlung, sondern um seine Modernisierung zu einem paßgenauen Instrument imperialer Flüchtlingspolitik.

Diesen Modernisierungsschub gestalten in letzter Instanz die Richter Korbmacher & Co. vom Bundesverwaltungsgericht. Die Schneisen, die die Flüchtlingsverwaltung und die Untergerichte geschlagen haben, werden von ihnen geordnet und in eine imperialistische Großraum- und Ordnungspolitik umgesetzt. Aus diesem Grund also erschöpft sich die Arbeit dieses Kollegiums nicht in seiner höchstrichterlichen Absegnung von Asylverweigerung als Mittel, die Metropolen gegen die Flüchtlingsbewegung abzuschotten. Seit einigen Jahren geht es entschieden um mehr, um die rechtliche Legitimierung einer Praxis internationaler Aufstandsbekämpfung, die in die zentralen Urteile zum Asylrecht verpackt ist.

Die Technik, das Recht auf Asyl zum Ausgangspunkt einer internationalen Legitimationsordnung für Terror, Folter und Völkermord zu machen, ist frappierend, jedoch im Asylrecht genuin angelegt. Weder die sozialen oder politökonomischen Verhältnisse eines Staates, noch die politische und soziale Praxis der Flüchtenden sind für die Urteilsfindung von Belang. Gewogen wird ausschließlich das Staatsschutzargument der betreffenden Mächte, die unisono versichern, daß es in ihrem Herrschaftsbereich weder einen politisch noch einen sozial legitimierten Widerstand geben könne. Eine grausame Platitüde, denn kein Staat auf dieser Welt definiert das, was ihn grundsätzlich in Frage stellt, als politischen Widerstand, sondern ausnahmslos als kriminelles Verbrechen.

Das weiß natürlich auch der oberste Asylsenat. Ihm geht es bei seiner aktuellen Rechtssprechung darum, die jeweiligen Staatsschutzräume weltweit entscheidend auszudehnen, staatliche Gewalt generell dafür zu legitimieren, alle Poren der trikontinentalen Gesellschaften zu durchdringen, um einen globalen, kapitalgerecht verwertbaren Menschentypus zu erzwingen. Alles Widerständige und nicht Vernutzbare wird ausdrücklich unter dem terminus technicus »Staatsnotwehr« der Vernichtung anheim gegeben. Es geht dabei essentiell nicht um die Souveränität der jeweiligen Regime. Sie dienen nur als Transmissionsriemen einer imperialistischen Weltinnenpolitik, in der die westlichen Kapitalzentren entscheiden, welche Bevölkerungsgruppe zu welchem Zweck und mit welchen Mitteln bekämpft, unterworfen oder vernichtet wird. Dem Asylsenat fällt in diesem Rahmen die Aufgabe zu, Aufstandsbekämpfung in aller Welt zu qualifizieren, mit dem ganzen Gewicht eines Metropolengerichtshofes politisch zu sanktionieren und juristisch zu legitimieren.

Aufhänger für diesen qualitativ neuen Vorstoß waren Verfahren von Kurden, deren Asylanträge abgelehnt worden waren, da Folter in der Türkei als »allgemein kriminalpolitisches Phänomen« gelten könne. Das war dem Korbmacher-Senat zu anspruchslos und zu kurzsichtig, da dieses Urteil die blutigen Statthalterregime nur generös deckt und auf jede weiterreichende Einflußnahme und Zielsetzung verzichtet. Sie schöpfen die globale ordnungspolitische Dimension im Asylrecht nur unzureichend aus und definieren sich auf dem Hintergrund eines obsoleten Neokolonialismus, anstatt sich als Instrument einer neuen imperialistischen Weltinnenpolitik zu begreifen.

Dagegen bedient sich das Bundesverwaltungsgericht der zur Verhandlung stehenden Verfolgungen, Revolten, sozialen Verwüstungen und Bürgerkriege, um eine Weltordnung rechtsförmig zu legitimieren, die den jeweiligen Staatsterror ausdrücklich fordert. Einen Staatsterror nicht per se, sondern als Voraussetzung, um die Gesellschaften der drei Kontinente einzuschleifen, verwertbare Populationen von nicht verwertbaren zu scheiden und kapitalgerecht aufzubereiten. Im Koordinationssystem dieses Unterwerfungskonzepts entwickelt der Korbmacher-Senat den operativen Begriff vom Staat als absolutem Subjekt. Damit wird per definitionem jeder soziale und politische Widerstand automatisch zum Staatsverbrechen erklärt und seine Bekämpfung verlangt. Zitate aus den Kurden-Urteilen belegen das: Folter und Völkermord, die der »Abwehr von Umsturzversuchen oder Gebietsabtrennungen dienen« sind keine politische Verfolgung, sondern notwendig, »denn der Staat selbst, sein Gebietsbestand und seine Grundordnung sind Schutzgüter«. Jede staatliche Maßnahme, einschließlich Massakern, ist gerechtfertigt, »wenn sie nur zur Überwindung von Notstandssituationen und zur Wiederherstellung der inneren Sicherheit« dient oder zur »Behandlung von Minderheiten, weil ein Mehrvölkerstaat in besonderem Maße auf die Sicherung seiner staatlichen Einheit und seines Gebietsstandes bedacht sein wird und dieses Ziel auch durchsetzen darf«. Insbesonders, wenn ein Flüchtling einer »gewaltbejahenden Gruppe angehört, verstärkt sich grundsätzlich die Wahrscheinlichkeit einer auf den kriminellen und nicht auf den politischen Gehalt der Tat beschränkten Reaktion, je gravierender die Mittel sind, mit denen der Gesinnungstäter die Ordnung der von ihm abgelehnten Staatsmacht bekämpft«.

Noch deutlicher wird diese Linie, wenn das Gericht tamilische Flüchtlinge in die Völkermordregion Sri Lanka zurückschickt, »weil die wahllosen Vergeltungsschläge gegen die tamilische Bevölkerung mit der hohen Zahl von Todesopfern« nicht der subjektiven Motivation des Staates zur politischen Verfolgung entspringen, sondern der Absicht, »durch den Einsatz der Sicherheitskräfte seine staatliche Einheit und seinen territorialen Stand zu wahren«.

Mit dieser restlosen Ineinssetzung von Staat und Recht besorgt das Bundesverwaltungsgericht die juristische Fundierung für eine international abgestufte Ausbeutungs- und Vernichtungsordnung, die ein Weltrecht konzipiert, mit dem sukzessive alle Klassenantagonismen einem imperialistischen Rechtskodex subsumiert werden, um sie offiziell und effektiver liquidieren zu können.

Über die strategische Funktion seines Amtes hinaus legt der Vorsitzende Richter am obersten Asylsenat Dr. Günter Korbmacher einen ausgesprochen eigenen politischen Geltungsdrang an den Tag. Auf dem Höhepunkt der rassistischen Hetzkampagne gegen die Flüchtlinge warf er sich persönlich an die Medienfront, um vehement eine Grundgesetzänderung des Asylrechts zu fordern, damit in Zukunft garantiert sei, daß nur noch politisch handverlesene und ökonomisch verwertbare, vorselektierte Immigranten zur Disposition stünden. Mit entsprechender Rigorosität hat er sich dem unnachgiebigen Kampf zur Abschaffung der Nachfluchtgründe verschrieben, die er als weiche Stelle und Schlupfloch im Sicherheitskordon ausgemacht hat – geeignet, die gesamte Abwehrfront gegen die Flüchtlingsflut zu unterminieren und ad absurdum zu führen.

Wir meinen, der oberste Asylrichter Korbmacher ist ein furchtbarer Jurist.

Die Entscheidung, einer Person in die Knie zu schießen, enthält eine bewußte und präzise praktische und politische Limitierung. Der Angegriffene und unmittelbare Tatzeuge soll überleben, ja er muß es unter allen Umständen, denn dies ist die entscheidende Bestimmung der Aktion, selbst wenn sie zum Preis eines erhöhten Risikos für die ausführenden Genossinnen und Genossen erkauft werden muß.

Der Angegriffene ist ein Schreibtischtäter par excellence, eine Ausgeburt moderner Herrschaft, ausgestattet mit allen Insignien repräsentativer Macht, die sich selbst zelebriert. Person und Körper verschwinden dahinter, verobjektivieren sich. Richter Korbmacher, der haßt, verachtet, eindämmt, raussäubert, de facto wertes von unwertem Leben am Fließband sortiert, letzte Instanz über Leib und Leben zahlloser Menschen, ritualisiert sich erfolgreich aus seiner Person und existenziellen Verantwortung heraus. Erfolgreich in zweifacher Hinsicht. So hat dieser Berufsstand trotz seiner terroristischen NS-Geschichte ein ungebrochen fettes gutes Gewissen und sich aufgrund seiner spezifischen Herrschaftsstruktur nicht angemessen zum Objekt von Klassenhaß verdichtet. Eine strikt geregelte Arbeitsteilung enthebt ihn der physischen Präsenz in Klassenauseinandersetzungen – er gibt die Richtung an und legt die Regeln fest, legitimiert die Schergen. Drangsalieren, einsperren, rausprügeln tun andere, foltern und exekutieren wieder andere. Bei Folterern, Polizeischergen, terroristischen Ämterchefs hat der Klassenhaß genug konkrete Angriffsflächen, um zu greifen, an Schreibtischtätern gleitet er immer wieder an ihrer fehlenden physischen Präsenz, ihrer mangelnden Körperlichkeit ab, vor die sich die Institutionen, Rituale und Mystifikationen schieben.

Die Schüsse auf die Beine des obersten Asylrichters sollen dem kalt ausgeheckten Unrecht, der kodifizierten Brutalität, die das Leben so vieler Menschen zerstört, wieder einen konkreten Namen, ein Gesicht, einen Körper verleihen. Diese Schüsse sollen ihn zweifach brandmarken. Sie sollen ihn verletzen, eine nachhaltige Erschütterung seiner Existenz durch einen intensiven körperlichen Schmerz und eine langwierige körperliche Beeinträchtigung bewirken und er soll leiden, damit er bezahlt und versteht. Verstehen nicht im Sinne einer Läuterung – darauf haben wir keinen Einfluß – sondern, indem er mit jeder Faser seines Körpers und seines Bewußtseins in eine umgekehrte Situation gezwungen wird, der er sich unmöglich entziehen kann, die an ihm haften wird.

Und diese Schüsse sollen ihn politisch brandmarken. Sie sollen ihn ins öffentliche Bewußtsein brennen als Hauptverantwortlichen im juristischen Kampf gegen die Opfer imperialistischer Großraumpolitik, der darüberhinaus von einem persönlichen Haß und Eifer in seiner Arbeit angetrieben wird. Wir wollen den suggestiven Nimbus der Macht zerstören, durch den er sich geschützt glaubt, und ihn öffentlich vor aller Augen in die Knie zwingen. Und wir wollen seine Karriere zerstören, denn wer einmal dieses suggestiven Nimbus beraubt worden ist, wer einmal der Guerilla in die Hände gefallen ist, der wird seiner eigenen wölfischen Klasse suspekt und zur peinlichen politischen Last. Sie selbst wird dafür sorgen, daß er auf Dauer beruflich und politisch erledigt ist, so wie sie es mit Peter Lorenz gemacht hat.

Außer diesen konkreten Bestimmungen der Aktion gibt es für uns zwei weitere wesentliche Aspekte, die den bewaffneten Angriff auf Personen wie Korbmacher und Hollenberg begründen. Zum einen die NS-Methoden, mit denen die internationale Flucht- und Wanderarbeiterbewegung in den Metropolen eingedämmt werden soll. Die unverhüllte Brutalität, die Klassenherrschaft hier annimmt, übersteigt bewußt und gezielt das austarierte, kalkulierte Niveau, auf dem Klassenkämpfe in den Metropolen gehalten werden. Die Schärfe des Angriffs auf Existenzrecht und Egalitätsansprüche muß in den politischen Antworten des revolutionären Widerstands, der adäquaten Wahl der Waffen und Aktionsebenen seine Entsprechung finden, wenn er glaubwürdig sein will. Jemandem, der Menschen in die Folter oder einen drohenden Tod schickt, kann man nicht das Auto anstecken oder eine Abreibung verpassen. Das ist unangemessen und verniedlicht sein Verbrechen.

Warum ihn dann nicht gleich töten? Wir meinen, wenn nicht offener Klassenkrieg herrscht, in dem die Liquidierung des Gegners zu einer Macht- und Überlebensfrage der Unterklassen wird – Zustände, von denen wir weit entfernt sind – kann ein politischer Mord nur einen exemplarischen Charakter haben.

Seine Bedeutung, seine einzige Rechtfertigung liegt in seiner politischen Dimension, da er die realen Machtverhältnisse nicht wirklich erschüttern und ernsthaft in Bedrängnis bringen kann. Seine Legitimation muß sich in seiner direkten Wirkung auf die Klassenauseinandersetzungen und die Zuspitzung des Klassenbewußtseins erweisen und kann sich nicht ausschließlich in der Bekämpfung des Gegners erschöpfen. Der politische Mord an einem bislang anonymen Funktionsträger von Staat und Kapital – und mag er noch so wichtige Funktionen bekleidet haben – muß politisch verpuffen. Denn was sagt die Aktion anderes aus als: da war jemand, der für das und das verantwortlich war und jetzt ist er weg, aus der Welt geschafft. Das Volk erfährt von seiner Existenz erst, nachdem sie ausgelöscht ist. Es gibt keine Chance, ihn zu hassen, seinen Tod zu wünschen.

Ein solcher Tod kann kein Aufatmen, keine Erleichterung auslösen. Das ist das politische Dilemma der Ermordung eines von Braunmühl zum Beispiel.

Etwas anderes dagegen vermittelte die Hinrichtung des Menschenjägers Buback. Mit ihm ist ein allgemein verhaßter und gefürchteter Volksfeind gefallen, dessen Tod ein Gefühl der Befreiung und Ermutigung ausgelöst hat. Einzig und allein diese Wirkung rechtfertigt etwas dermaßen Schwerwiegendes wie die politische Tötung eines Menschen, dieses äußerste und extremste Mittel im Klassenkampf, das sich durch seinen inflationären Gebrauch selbst entwertet.

Eine Guerilla, die leichtfertig gegen diese absolut verpflichtenden Gesetze der politischen Moral und Verantwortung verstößt, die zunehmend ihre Skrupel – dieses wesentliche Merkmal, das revolutionäre Frauen und Männer vom Klassenfeind unterscheidet – über Bord wirft, verspielt und verliert damit auch ihren eigentlichen Kredit und Anspruch: einen Klassenkampf mit dem Volk und für das Volk zu führen, in dem die Ziele einer freien, egalitären, menschlichen Gesellschaft aufscheinen.

Schwarzer Hahn Lensian

Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung
- Übernachtung 15,--/ 18,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen, großer Innenhof
-

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 05843/241
Fax: 05843/1413
e-mail: schwarzer-hahn@t-online.de

UMZUGS KOLLEKTIV **ADELANTE**

■ Stadt- Nah- u. Fernumzüge ■ Büroumzüge ■ Beladungen ■ Packservice ■ Behördenabrechnungen ■ Kartonverkauf

BERNSTORFFSTR. 117
22767 HAMBURG
TELEFON & FAX
040/43 25 16 17

Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR
UNTER EINEM ANDEREN STERN **Rundstücken**
NACH LANGER NACHT **Spätstücken**
im **FRITZ BAUCH**

KETZER

COCA BAR
JULIUSSTRASSE 29A
22769 HAMBURG
PHONE 4398014

Schanzenstern
ÜBERNACHTUNGS- UND GASTHAUS
Bartelsstraße 12
20357 Hamburg
Tel.: 040 / 432 90 409
Fax: 040 / 439 34 13
http://www.schanzenstern.de

RESTAURANT / CAFE
überwiegend mit Produkten aus ökologischem Anbau
Fleisch und Wurst ausschließlich vom Bioland-Hof
Hausgemachte Vollwertkuchen
täglich wechselnd
Mittagstisch - Abendkarte
Sonntags
Frühstücksbüfett kalt / warm

Mo 18⁰⁰ -1⁰⁰ Uhr
Di-Sa 10³⁰ -1⁰⁰ Uhr
So 11⁰⁰ -1⁰⁰ Uhr

UNTER HAMBURGS STERNEN
SCHLAFEN, OHNE
ASTRONOMISCHE SUMMEN ZU BEZAHLEN
ab DM 33,- pro Nacht
Prospekt anfordern

Imbiß International
Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)

Viel PC für WENIG Geld!

Bücher, Broschüren und Archiv zu folgenden Themen:
• Feminismus • Antifaschismus
• Internationalismus • Europa
• Umstrukturierung • Rassismus und Anti-Rassismus • Patriarchat
• Knast und Repression • Anarchismus
• Kommunismus • Anti-AKW
• aktuelle Infos

Buch- und Infoladen
Schwarzmarkt
Kl. Schäferkamp 46 20357 HH
fon:040.446039 fax:040.4108122

Mo., Mi., Fr., von 14.00 - 19.30 Uhr
Sa., 12.00 - 15.00 Uhr Jugendtag

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

Buchhandlung IM SCHANZENVIERTEL

Literatur & Politik
Schulterblatt 55
Tel. 040/430 08 08
Fax. 040/430 16 37

Kinderbuch & Pädagogik
Schanzenstraße 6
Tel. 040/430 08 88

Montag - Freitag
9.30 - 18.30

Samstag
10.00 - 14.00

c/o DIE DRUCKEREI
20357 Hamburg

Programm 01-02/2000

Samstag 15.Jan.	Get mad now-Reggae und Ragga Selectas:Steppke (Selectronic Force) alongeside Jay B. (Roots Commandment)	23Uhr
Montag 17.Jan.	Punkkonzert:four letter world(uk)	21Uhr
Dienstag 18.Jan.	Dubcafe	18-23Uhr
Dienstag 18.Jan.	HC-Konzert:Good clean fun (alte schule washington d.c.) Highscore (youthcrew münster	22Uhr
Donnerstag 20.Jan.	Solikonzert-...das weite Suchen,die letzten 6 Gefangenen aus der RAF müssen raus-bedingungslos Basta! mit Roving Bottles und anderen Folkbands	21Uhr
Freitag 21.Jan.	Vollmond Orchester	21Uhr
Samstag 22.Jan.	provokant die erste Party für Lesben,Schwule und andere andere soul and Housefloor//chilloutfloor	22Uhr
Dienstag 25.Jan.	Dubcafe//ital acoustic	18-23Uhr
Freitag 28.Jan	Bahntranssoli Manchmal kommt einen die Aneignung fremder Räume teuer zustehen.So geschehen im letzten Sommer.Stein des Anstoßes ist eine Party in einem leerstehenden Güterbahnhof der DB AG. Die fordert nun 3000,- Mark Strafe! Zur ultimativ letzten Bahntrans laden ein:Motec (live), Mom,Noshe & Pussa/2floors/techno/electro	22Uhr
Samstag 29.Jan.	Kino für Kids:"die Kinder aus Nr.67" oder „heil Hitler, ich hätt` gern `n paar Pferdeäppel" (ab 8 Jahre)	15Uhr
Samstag 29.Jan.	Encounters-I-Livity Sound &Schlump Vibration	
Sonntag 30.Jan.	Frühstück-Kino-Bar: ab 12 Uhr gibt es Früstück,um 15Uhr "Hotel Terminus-Leben und Zeit des Klaus Barbie (ein Film von Marcel Ophüls) und um 20 Uhr "Das Leben ist schön" (R.Begnini/Italien97) anschließend Bar	
Dienstag 01.Feb.	Dubcafe//Roots Commandment	18-23Uhr
Freitag 04.Feb.	epicenta 010 spezial-SUBMISSION (live-dub-band/ Berlin) meets DOJO SOUNDSYSTEM (Wuppertal)	23Uhr
Samstag 05.Feb.	hc-Konzert:mad minority & el mariachi	21 Uhr
Dienstag 08.Feb.	Dubcafe//weed acoustix	18-23Uhr
Donnerstag 10.Feb.	LesBiSchwule Tanzveranstaltung mit den Hits der 70er und 80er Jahre	21Uhr
Freitag 11.Feb.	Solikonzert für kriminalisierten Antifa turbostaat(norden), enfold (münster),dandeleon (norden)	21Uhr
Samstag 12.Feb.	Punkkonzert,Jazz vom Plattenspieler &Food not bombs Vokü veranstaltet vom CAFE & BUCH KOLLEKTIV	20Uhr
Sonntag 13.Feb.	hc-Konzert-world inferno/fiendship society (ny) Robocop Kraus (?) & crying over spillt milk(hh)	21Uhr
Dienstag 15.Feb.	Dubcafe 18-23 Uhr	
Freitag 18.Feb.	Trancenight??????????????	22Uhr
Samstag 19.Feb.	Vollmond Orchester	21Uhr
Dienstag 22.Feb.	Dubcafe 18-23Uhr	
Freitag 25.Feb.	LesBiSchwuler Kellerclub noHouse/noTechno	23Uhr
Samstag 26.Feb.	nuff-vibes promotion proudly presents: 8 years of easy jugglin` CRUCIAL VIBES and SPEZIAL GUESTS we run things-things don't run we for more information check: www.nuff-vibes.de	22Uhr
Dienstag 29.Feb.	Dubcafe 18-23Uhr	

regelmäßige termine:

Montag	Kochsession veganes essen ab 19Uhr
Montag	offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen ab 17Uhr
Montag*Donnerstag	Archiv der sozialen Bewegungen Tel.433007 16-19Uhr
Dienstag	Dubcafe 18-23 Uhr
Donnerstag	Kochkollektiv veganes essen ab 19 Uhr
1.Freitag im Monat	epicenta club ab 23 Uhr
1.Samstag im monat	Frühstück ab 12 Uhr